

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement 3.00 Mk. monatlich 1.30 Mk.
wöchentlich 30 Pf. frei mit Post.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Sonabend, den 7. Juli 1917.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Schwierigkeiten der inneren Lage.

Krise?

Die Dinge im Reich stehen vor einer Entscheidung. Es ist aber zu befürchten, daß sie vor ihr stehen bleiben werden, und das ist so ziemlich das schlimmste, was passieren kann.

Es muß wieder regiert werden, so oder so! Dieses Gefühl ist ganz allgemein.

Man kann sich eine Regierung denken, die alle bisher gemachten Friedensangebote widerruft, alle inneren Reformen bis nach dem Kriege vertagt, alle Bewegungen zugunsten solcher Reformen und zugunsten des Friedens mit eiserner Gewalt unterdrückt und die Fortführung des Krieges für unbestimmte Zeit bis zur Erfüllung eines weitgesteckten Eroberungsprogramms zum unabweislichen Beschluß erhebt.

Oder man kann sich eine Regierung denken, die, auf die Woffen des Volkes gestützt, sofort eine durchgreifende Demokratisierung aller öffentlichen Einrichtungen vornimmt und zugleich zum Standpunkt des 4. August zurückkehrt, daß dieser Krieg nur als Verteidigungskrieg geführt und sobald als möglich durch einen Frieden ohne Eroberungen und ohne Entschädigungen beendet werden soll.

Eine Regierung aber, die weder das eine noch das andere ist, läßt sich nicht denken.

Indes, dieses Unabwendbare ist Wirklichkeit. Wir haben eine Regierung, die es den Nationalisten und den Internationalen, den Alldutschen und den Sozialdemokraten, den Bis-ans-Ende-Kriegern und den Anhängern eines Verständigungsfriedens, den Gegnern und den Freunden der Demokratie, den Befürwortern einer sofortigen Reform und den Großhütern des schon sagenhaft gewordenen Burgfriedens gleich recht machen will.

Das geht nicht! Eine erdrückende Fülle von Beweisen liegt dafür vor, daß das nicht geht. Rechts und links ruft man nach Aenderung. In der Mitte — wo kein fester Kurs herrscht und wo man ängstlich späht, woher der Wind weht — steigern sich Ratlosigkeit und Unsicherheit bis zur Verzweiflung. So kann es nicht weitergehen! Im Interesse des Landes, für das Millionen bluten und die ungeheuersten Opfer bringen, kann es so nicht weitergehen. Die Regierungspolitik ist zu einem ferment der inneren Zersetzung geworden. Aber wir brauchen Einigkeit, Zusammenhalt, festen Kurs, heute mehr denn je! Und es fragt sich nur, wie wir diese verloren gegangenen notwendigen Güter zurückgewinnen können: durch die Anwendung der konservativen oder der demokratischen Formel.

Wir sprechen hier nicht von Partei- und Klasseninteressen, nicht von Moral und Weltanschauungen, sondern nur von den Möglichkeiten einer erfolgreichenden Politik, von nichts anderem.

Würde heute ein allddeutsch-konservativer Regierungskurs einsetzen — hätte er Aussicht auf Erfolg? Es wird wenige geben, die noch den Mut aufbringen, diese Frage zu bejahen. Die meisten sind der Ueberzeugung, daß ein solcher Kurswechsel das schwerste Unglück wäre, das Deutschland treffen kann.

Es ist nicht notwendig, zu warnen oder zu drohen. Man stelle sich nur einmal vor, daß ein Reichskanzler käme, der da sagte: „Wir führen den Krieg weiter, wollen nichts von Frieden wissen, solange nicht Belgien, Aurland, Longwy-Beien und Iombobiel Duzend Milliarden uns zugeföhrt sind. Das Volk hat bis dahin alle Beschwerden, die der Krieg bringt, lautlos zu tragen, es hat auf alle Reformwünsche zu verzichten, für deren Erfüllung sich die Regierung alle Freiheit vorbehält.“

Gibt es einen Mann im Reiche, der, würde er morgen Reichskanzler, so zu sprechen magte?

Die Konservativ-Alldutschen wissen selbst genau, daß jetzt ein solcher Reichskanzler unmöglich ist. Ueberflüssig, mit ihnen zu streiten, ob es ein Glück für das Reich gewesen wäre, wenn es seit Anfang des Krieges einen solchen Kanzler gehabt hätte, oder ein Unglück! Diese drei Jahre Weltgeschichte können nicht ausgelöscht werden. Friedenserklärungen sind abgegeben, Versprechungen freierwilliger Reformen sind gemacht worden, jede kommende Regierung muß sich in einem Hause einrichten, das bis ans Dach mit Hypotheken belastet ist. Sie kann ihre Geschäftsführung nicht damit beginnen, daß sie über die Hinterlassenschaft ihrer Vorgängerin den Bankrott erklärt.

Ein Kurswechsel nach rechts ist nicht der Weg zur Katastrophe, er ist die Katastrophe selbst. Wenn aber solch ein Kurswechsel nicht — wir wollen uns ganz genau ausdrücken — heute nicht mehr möglich ist, was bleibt übrig? In Oesterreich ist das Wort von der Politik des Fortwärtens und Durchhaltens geprägt worden, aber diese Politik ist dort — nicht zum Heil des Landes — in Friedenszeiten

getrieben worden. Daß man in Zeiten, wo alles auf dem Spiele steht, ohne die Anwendung heroischer Mittel nicht auskommt, das hat man allmählich auch dort begriffen: die Amnestie in Oesterreich und die Wahlreform in Ungarn zeigen es.

Nein, es geht weder mit dem Fortwärtens noch mit dem Kurswechsel nach rechts. Was aber dann übrig bleibt, das ergibt sich von selbst, und die im Interesse des Ganzen unvermeidlich gewordenen Konsequenzen sollten jetzt mit unerbittlicher Folgerichtigkeit auch von denen gezogen werden, die von Hause aus keine begeisterten Freunde des Verständigungsfriedens und der Demokratie gewesen sind.

Es ist Gefahr im Verzuge!

Für die Verwirrenheit unserer inneren Zustände haben die gestrigen Verhandlungen des Verfassungsausschusses einen neuen niederdrückenden Beweis geliefert. Nachdem die Nationalliberalen erklärt hatten, daß sie unter „voller staatsbürgerlicher Gleichberechtigung“, wie sie der Antrag Müller-Reinigen forderte, nicht unbedingt das gleiche Wahlrecht verstanden wissen wollten, ist die Einigung auf diesen Antrag wieder in die Brüche gegangen. Die Kommission lief ziemlich ratlos auseinander und will versuchen, in einer späteren Sitzung zu einem Beschluß zu gelangen.

Die Haltung der Nationalliberalen steht in enger Wechselwirkung zu dem Verhalten des Regierungsvertreters Lewald, der die wunderbolle Erklärung abgab, der Passus der Osterbotschaft über die Wahlreform bedeute weder das gleiche Wahlrecht noch bedeute er es nicht!

Man fühlt sich ein wenig an den Sonntagsreiter der „fliegenden Blätter“ erinnert, der auf die Frage: „Neber, wo reitest du hin?“ mit schlichter Aufrichtigkeit antwortet: „Was weiß ich? Frag das Pferd!“

Aber man begreift dann auch wieder rasch, daß die Zeit für Späße zu ernst ist.

Quo vadis, Germania? Deutschland, wohin gehst du?

Wahlrechtsdebatte im Verfassungsausschuß.

Zweideutige Erklärung der Regierung.

In der Sitzung am Freitag unterbreiten zunächst die Konservativen noch folgenden Antrag: Der Reichstag wolle beschließen, an den Herrn Reichskanzler folgende Erklärung zu richten:

Angesichts der gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem jurchbaren Kriege bekant sich der Reichstag zu der an den Reichskanzler und den preussischen Ministerpräsidenten gerichteten Osterbotschaft des deutschen Kaisers und Königs von Preußen.

Die Durchführung der darin angekündigten Aenderungen des Wahlrechts ist nach der Reichsverfassung ausschließlich die Aufgabe der Einzelstaaten.

Wie alle Schichten des Volkes in pflichtbewusster Aufopferung an der glücklichen Durchführung des gewaltigen Krieges mitwirken, so werden auch die großen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben, die bei Ausgang des Krieges und nach dem Kriege zu erfüllen sind, der hingebungsvollen und freudigen Mitarbeit des ganzen Volkes bedürfen. Auf der Grundlage der in den Verfassungen verbrieften vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung werden in Staat und Reich machtvolle neue Kräfte für den Aufbau des deutschen Lebens zur Entfaltung gebracht werden.

Die Deutsche Fraktion brachte gleichfalls eine Resolution ein, folgendes Wortlautes:

Der Reichstag wolle beschließen, an den Herrn Reichskanzler folgende Erklärung zu richten:

Freudig hat der Reichstag die an den Reichskanzler und preussischen Ministerpräsidenten gerichtete Osterbotschaft des deutschen Kaisers und Königs von Preußen begrüßt.

Das ganze Volk hat für die glückliche Führung des Krieges unsägliche Opfer gebracht, gewaltige Aufgaben harren seiner in der Zukunft. Ihre Lösung bedarf der freudigen und hingebungsvollen Mitarbeit aller Teile des deutschen Volkes. Voraussetzung hierfür ist, daß in allen Bundesstaaten die Ordnung des Staatswesens, insbesondere auch des Wahlrechts freiheltlich und auf der Grundlage vollen gegenseitigen Vertrauens baldmöglichst durchgeführt werde.

Die Befestigung dieser Neuordnung in den Bundesstaaten bleibt deren verfassungsmäßiger Zuständigkeit vorbehalten.

Abg. Graf Westarp (L.)

erklärt, seine Partei stehe auf dem Boden der Osterbotschaft, das solle die Resolution zum Ausdruck bringen. Die Osterbotschaft stelle nicht das gleiche Wahlrecht in Aussicht. Die Konservativen werden dem gleichen Wahlrecht für Preußen niemals zustimmen, wie sie auch an dem Standpunkt festhalten, daß die Reformen erst nach dem Kriege in Angriff genommen werden dürfen. Aus

diesen Gründen sei für die Konservativen die Resolution Müller-Reinigen unannehmbar.

Abg. Mertin (Deutsche Fraktion)

würde es begrüßen, wenn alle Resolutionen zurückgezogen würden, denn schließlich hätten Resolutionen doch keinen Wert. Die Resolution Müller-Reinigen bringe in die Osterbotschaft das Reichstagswahlrecht hinein. In Preußen bestche bereits die staatsbürgerliche Gleichberechtigung, denn jeder Preuze habe das Wahlrecht. Deshalb sei das Verlangen nach staatsbürgerlicher Gleichberechtigung ganz überflüssig.

Abg. Schiffer (natl.):

Es wäre ein Armutszeugnis, wenn der Ausschuß zu keinem Resultat käme. Die konservativen Anträge bedeuten eine Schwächung der Resolution Müller-Reinigen, noch mehr die Begründung, die diese Anträge fanden. Wir wünschen nicht, daß das Reich in preussische Verhältnisse eingeeißt, aber das ist nicht aus, daß auch wir die preussische Wahlrechtsfrage für eine deutsche Frage halten. Das gleiche Wahlrecht muß in Preußen selber für Preußen geschaffen werden. Die Verfassung steht der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung vor, in der Praxis besteht sie nicht. Die Voraussetzungen der Osterbotschaft, daß der Krieg bald zu Ende sein wird, sind hinfällig geworden. Der Krieg kann noch lange dauern, deshalb darf die Reform nicht hinausgeschoben werden. Die Stunde der Tat ist gekommen.

Abg. Landsberg (Soz.):

Graf Westarp hat den Wunsch nach einer einheitlichen Aenderung des Ausschusses ausgesprochen. Wir lehnen die konservative Entschärfung ab, weil sie die Befugnis des Reiches, in deutschen Fragen in die Verfassungen der Einzelstaaten einzugreifen, befreit, weil sie vom Wahlrecht in den Bundesstaaten, der wichtigsten innerpolitischen Frage der Gegenwart, nichts sagt, und weil sie von den Antragstellern mit ihrer Gegnerschaft gegen das gleiche Wahlrecht begründet wird. Wir halten die geltenden Körperchaften des Reiches für berechtigt und verpflichtet, die Frage des Wahlrechts der Einzelstaaten zu lösen, und werden bei unserem Antrag, durch die Reichsversammlung in die Bundesstaaten das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht für beide Geschlechter unter Verhältnismäßigkeitswahlrecht einzuföhren. Sollte der Antrag abgelehnt werden, so können wir für die Resolution Müller-Reinigen stimmen, aber nur weil Herr Müller die Resolution dahin ausgelegt hat, daß mit ihr das gleiche Wahlrecht gefordert wird, und weil der nationalliberale Ministerpräsident die Nichtigkeit dieser Auslegung durch sein Schweigen bestätigt hat. Was die Gegner des gleichen Wahlrechts veranlaßt, die Resolution abzulehnen, bestimmt uns, ihr eventuell zuzustimmen.

Ministerialdirektor Lewald

weist darauf hin, daß sich die Osterbotschaft nicht auf preussische Verfassungsfragen beschränkt, sondern sich weit darüber hinaus auf Fragen erstreckt, die das ganze deutsche Volk betreffen. Der Reichstag habe deshalb unzweifelhaft das volle Recht, zur Osterbotschaft Stellung zu nehmen, und auch das empfindlichste föderative Gewissen könne nicht annehmen, daß der Reichstag seine Kompetenzen überschreite, wenn er dies tue. Der Ministerialdirektor stellt ausdrücklich fest, daß die Osterbotschaft sich in der Frage des gleichen Wahlrechts die volle Entschärfung vorbehaltlich habe.

Abg. Kretsch (konf.): Wenn wir sagen, wir bekennen uns zu der Osterbotschaft, so ist das von unserem christlichen Standpunkt ein feierliches Gelöbniß. Die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung in Preußen ist in der Verfassung festgelegt, sie braucht also nicht erst gefordert zu werden.

Abg. Herold (Zentr.) erklärt für seine Partei die Zustimmung zu der Resolution Müller-Reinigen. Dies entspreche der Haltung, die das Zentrum stets eingenommen habe.

Abg. Burm (Unabh.) begrüßt die Erklärung Lewalds, weil sie die Illusion zerstört, daß die Osterbotschaft das gleiche Wahlrecht verhandelt habe. Die Resolution Müller-Reinigen bedeute eine Verschlimmerung. Der Druck von außen, der zweifellos gewirkt hat, muß noch stärker werden, bis man den Wünschen des Volkes Rechnung trägt.

Ministerialdirektor Lewald betont gegenüber einem Abgeordneten der Unabhängigen Sozialdemokratie, daß er nicht erklärt habe, die Osterbotschaft lehne das gleiche Wahlrecht ab. Er habe lediglich festgestellt, daß die Osterbotschaft sich in dieser wie in anderen Beziehungen volle Freiheit der Entschärfung vorbehalten habe.

Abg. Schiffer (natl.): Aus dem Schweigen der Nationalliberalen darf nicht der Schluß gezogen werden, daß sie der Deklaration zustimmen, die Abg. Müller-Reinigen seiner Resolution gegeben hat. Die Mehrheit der Nationalliberalen ist aber der Ansicht, daß das gleiche Wahlrecht in Preußen mit der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung nicht im Einklang steht.

Abg. Hofmann-Kaiferslautern (Soz.): Die Debatte fängt an interessant zu werden in dem Augenblick, in dem sie eigentlich schon geschlossen war. Interessant und bedeutungsvoll war die Erklärung des Regierungsvertreters. Er sagte, die Osterbotschaft hat sich auch in der Frage des gleichen Wahlrechts vollständig freie Entschärfung vorbehalten. Eine Unklarheit der Osterbotschaft ist beseitigt. Die Osterbotschaft

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechs wöchentlichen Nummern...
Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

verspricht also nicht das gleiche Wahlrecht. Was sie verspricht und will, steht heute noch nicht fest.

Die Regierung weiß es selbst noch nicht.

Und das ist das geradezu Ungeheuerliche. Selbst in der jetzigen überaus schwierigen Situation weiß die Regierung noch nicht, ob sie dem Volke, das so Ungeheures geleistet und gebildet, das gleiche Wahlrecht geben will oder nicht. Sie weiß das nicht in dem Augenblick, wo das gleiche Wahlrecht in Preußen für unser Vaterland eine Existenzbedingung ist. Die Haltung der Regierung ist einfach ein Skandal. Sehr interessant und bedeutungsvoll war auch die Erklärung des Abg. Dr. Schiffer. Er ist mit seinen Freunden, von denen einer Mitunterzeichner ist, nicht für ein gleiches Wahlrecht in Preußen. Seine Erklärung schließt lediglich gewisse Sorten von Pluralwahlrechten aus, hält aber ausdrücklich den Weg für andere offen. Ich habe den Wert der freisinnigen Resolution nie hoch eingeschätzt. Nach dieser Haltung der national-liberalen Vertreter hat sie für mich jeden Wert verloren. Sie war früher nicht besonders nützlich. Sie ist jetzt direkt schädlich. Ich lehne die Resolution ab.

Abg. Müller-Reinigen berteidigt seine Resolution gegen die Angriffe Wurms.

Abg. Hebrich (Zentr.): Die Regelung des Wahlrechts muß Sache der Einzelstaaten bleiben. Der freirechtliche Ausbau der Wahlrechte in den Einzelstaaten ist eine unabwendbare Notwendigkeit.

Abg. v. Graefe (Konf.): Klarheit müsse geschaffen werden, es dürfe nicht wieder gehen wie bei der U-Boot-Resolution, die jede Partei in ihrem Sinne auslegte. Nur die konservative Resolution schafft in der Verfassungsfrage die nötige Klarheit. Man soll nicht immer zweischneidige Waffen schmieden.

Abg. Jund (natl.): Die Erklärung Schiffers ist offenbar nicht richtig verstanden worden. Die Nationalliberalen wollen nichts wissen von Differenzierung nach Besitz, Vermögen und Steuerleistung. Dagegen könne man denken an eine Differenzierung nach Alter, Kinderzahl und Erfüllung der Wehrpflicht. Er persönlich sei für das gleiche Wahlrecht in Preußen. Wir setzen aber auch in Preußen das Vertrauen, daß es eine brauchbare Wahlreform fertig bringt.

Abg. Landsberg (Soz.): Was die Nationalliberalen heute sagen, hätten sie vorgestern sagen sollen. Nach Ansicht der Nationalliberalen bedeutet die Resolution doch die Möglichkeit der Einführung eines nicht gleichen Wahlrechts. Redner beantragt, den Passus in der Resolution Müller-Reinigen:

„Hierfür aber ist eine unerlässliche Voraussetzung, daß die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung in allen Bundesstaaten ohne Verzug durchgeführt wird“

dahin abzuändern, daß die Worte hinzugefügt werden: „und insbesondere das Reichstagswahlrecht in ihnen eingeführt wird.“

Abg. Heine (Soz.) wünscht ebenfalls eine klare präzise Fassung. Eine Einigung auf eine Resolution, unter der schließlich jede Partei etwas anderes versteht, hat wirklich keinen Zweck.

Abg. Müller-Reinigen (Sp.) stimmt dem von Landsberg beantragten Zusatz zu und beantragt gleichzeitig, in seiner Resolution den Schlußsatz zu streichen, der lautet:

„Dadurch werden in Staat und Reich maßvolle neue Kräfte für die Entscheidung des Krieges sowie für den neuen Aufbau des deutschen Lebens zur Entfaltung gebracht werden.“

Abg. Schiffer (natl.) ist gegen den Zusatzantrag Landsberg, darauf möge man aber nicht schließen, daß er ein Gegner des gleichen Wahlrechts sei. Uebrigens sei der Ausdruck „gleiches Wahlrecht“ auch nicht klar, denn schließlich könnte man darunter auch das Frauenwahlrecht verstehen. Besitz, Einkommen und Steuerleistung müßten bei der Neugestaltung des preussischen Wahlrechts ausbleiben.

Abg. Wurm (Unabh.): Auch der Antrag Landsberg verbößert die Sache nicht. Der Reichstag muß von seinem Recht Gebrauch machen, ein Wahlrecht für die Einzelstaaten zu schaffen. In den einzelnen Landtagen wird man nichts erreichen, insbesondere nicht in Preußen, wo die Konservativen alles aufbieten werden, ihre Macht zu erhalten. Beharre der Reichstag nicht auf seinem Recht, dann treibe man politische Heuchelei. Das Volk werde die richtige Antwort geben.

Abg. Bede-Russberg (Zentr.): Das Reich dürfe den Einzelstaaten kein Wahlrecht aufzwingen. Für die Festsetzung des Wahlalters auf 20 Jahre und für das Frauenwahlrecht sei keine Partei nicht zu haben. Auch für den Zusatzantrag Landsberg könnten seine Freunde nicht stimmen, sonst würde man auch noch dazu kommen, für die Gemeinden das Reichstagswahlrecht einzuführen.

Damit war die Debatte erschöpft. Auf Antrag der Fortschrittler wurde die Abstimmung auf Sonnabend 9 Uhr vormittags verschoben.

## Stockholm.

### Die Vorkonferenzen.

Stockholm, 5. Juli. (Via Drahtbericht des „Vorwärts“.) In der heutigen Besprechung Adlers und Müllers mit den Vertretern des russischen A. u. S. Rates wurden die durch den Aufruf des A. u. S. Rates aufgeworfenen Fragen unter Berücksichtigung der politischen Situation in Deutschland durchgenommen und dabei auch die bisherige Tätigkeit der deutschen Partei für den Verständigungsfrieden ohne Annexionen und Entschädigungen behandelt. Ueber die Verhandlungen soll der Fraktion und dem Parteivorstand ein Bericht gegeben werden, nach welchem die Entscheidung über die Teilnahme an der auf Grund des russischen Aufrufs vom 2. Juni zu berufenden allgemeinen Konferenz gefällt werden soll. In den Verhandlungen wurde deutscherseits die Initiative der russischen Genossen zur Friedensaktion lebhaft begrüßt. Es darf erwartet werden, daß es den Russen gelingt, entsprechend ihrer Absicht, die Konferenz noch im August zustandebuzubringen. Die Verhandlungen wurden in kameradschaftlichem Geiste geführt. Die Hoffnungen auf Stockholm dürften nicht zuckanden werden.

Am Anreife der Zimmerwalder wird der 10. August als der Tag bezeichnet, an welchem die Allgemeine Konferenz in Stockholm beginnen soll. Etwas früher soll die Konferenz der Zimmerwalder stattfinden. Leider ist mit einem so frühen Termin, an dem die Konferenz zusammentreten soll, nicht zu rechnen.

Ein am 24. Mai an das Internationale Bureau gerichtetes Telegramm der italienischen Partei, in dem ihre Beteiligung an der Stockholmer Konferenz angezeigt, hat das Bureau nicht erhalten. Die Depesche ist vermutlich von der italienischen Zensur zurückgehalten worden.

Das Exekutivkomitee des irischen Gewerkschafts-Kongresses verlangt die Zulassung seiner Delegierten auf der Stockholmer Konferenz. Das Internationale Bureau ersuchte die englische Labour Party, den irischen Delegierten die Pässe für die Reise nach Stockholm zu besorgen.

### Rosanoff gegen die Sonderkonferenz der Entente-Sozialisten.

Aus Stockholm drahtet Borgbjerg seinem Blatt, dem Kopenhagener „Sozialdemokraten“: Rosanoff schilderte die Ent-

# Neue Massenfürme in Ostgalizien zusammengebrochen.

## Artilleriekampf in Ostgalizien. — Vernichtungsgeschehen am Casinatal. — Bewegung an der unteren Donau.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 6. Juli 1917. (W. T. S.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Dunst und Regen herrschte tagüber nur die gewöhnliche Stellungskampftätigkeit. Abends lebte bei besserer Sicht das Feuer vielfach auf. Nachts spielten sich mehrere Erkundungsgeschehen ab. Hart nördlich der Kladna holten Stoßtrupps eines württembergischen Regiments nach erbittertem Nahkampf eine größere Zahl von Franzosen aus ihren Gräben.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Zwischen Jborow und Brzegany nahm gestern der Artilleriekampf große Stärke an, ließ nachts nach und hat sich seit Tagesgrauen wieder gelockert.

Auch bei Zwjzyna, Brody und Smorgon war die Feuer-tätigkeit zeitweilig sehr lebhaft.

Front des Generaloberst Erzherzog Josef: Erkannte Vereinstellungen rumänischer Infanterie zum Angriff gegen einige von und gehaltenen Höhen südlich des Casinatalen wurden durch Vernichtungsgeschehen zerstört.

wicklung in Rußland als durchaus erfreulich. Es werde nicht mehr soviel diskutiert, desto mehr aber an der demokratischen Organisation des Landes auf allen Gebieten gearbeitet. Die Vorkonferenz der Entente-Sozialisten in London sieht er als überflüssig an. Husmanoff ist hingegen der Ansicht, daß sie von Nutzen sein könne. Rosanoff kehrt in 14 Tagen wieder nach Rußland zurück; die anderen Russen hingegen fahren nach London, Paris und Rom, um für den Frieden zu wirken.

Die der Stockholmer „Sozialdemokraten“ in Erfahrung gebracht haben will, ist im holländisch-standinavischen Komitee beantragt worden, die Freigabe Rosa Luxemburgs aus dem Gefängnis zu verlangen, damit sie nach Stockholm kommen könne. Die Absicht steht mit einer geplanten polnischen Delegation nach Stockholm in Verbindung. Rosa Luxemburg ist zwar in Deutschland tätig gewesen, aber sie ist Mitglied eines Zweiges der polnischen Sozialdemokratie und Vertreterin dieser Zweigorganisation im Internationalen Sozialistischen Bureau. Ohne sie dürfte es nicht möglich sein, eine vollständige polnische Delegation zu schicken, die aber mit Rücksicht auf die besonderen polnischen Fragen sehr notwendig erscheint.

## Das Memorandum Vandervelde-Brouckere.

Stockholm, 4. Juli. Das holländisch-standinavische Komitee hat heute ein Memorandum veröffentlicht, das ihm am 30. Juni von der belgischen Delegation, bestehend aus Emile Vandervelde, Präsident des Internationalen Sozialistischen Bureaus, und Louis de Brouckere, stellvertretender Delegierter zum Internationalen Sozialistischen Bureau, beides Mitglieder des Generalrats der Arbeiterpartei Belgiens, übergeben worden ist. Das Memorandum umfaßt nicht weniger als 24 Seiten in Maschinenschrift, wir können — aus räumlichen, aber auch aus anderen begründlichen Gründen — nur einen Auszug aus dem französischen Original dieses Schriftstückes wiedergeben:

In der Einleitung wird ausgeführt, daß der jetzige Krieg der vermutlich entscheidende Krieg zwischen den freien Nationen, die bereits ihre demokratische Revolution gemacht hätten, und den drei letzten halb oder ganz feudalen Reichen sei. Der Welt würde von einem Triumph der letzteren unenträgliches Anrecht drohen. Zweifelloso bestrehe auch eine Mitverantwortlichkeit aller kapitalistischen Regierungen am Kriegsausbruch, aber die direkte Verantwortlichkeit hätten die Zentralmächte. Allerdings seien auch unter den Alliierten imperialistische Kräfte vorhanden. Aber dort seien sie durch die demokratischen Kräfte in Schach gehalten, das habe sich auch in dem gezeigt, was diese Staaten zur Vermeidung des Krieges getan haben. In den gegnerischen Staaten sei die Demokratie in der entscheidenden Stunde ohne Kraft gewesen. Das werde auch durch die deutsche Parteiminderheit bezeugt. Das belgische Memorandum widmet hier den jetzigen „Unabhängigen“ sehr warmherzige Worte und fährt dann fort:

Die Ententesozialisten führen den Kampf gegen den stets kriegssozialen Imperialismus unentwegt fort. Sie wollen diesen Krieg als Verteidigungskrieg von allen Eroberungs- und Unterdrückungstendenzen freihalten. Die belgische Regierung habe in ihrer Note an Wilson seine Eroberungspolitik abgelehnt und erklärt, daß Belgien nichts anderes anstrebt, als einen Frieden der gerechten Wiedergutmachung und Bürgschaften für die Zukunft.

Nach der russischen Revolution könnten die Sozialisten aller Länder mit besseren Erfolgsaussichten gegen den Imperialismus vorgehen, nicht nur bei den Regierungen und in den Parlamenten, sondern auch durch Aufruf der öffentlichen Meinung zu Massenaktionen, die nach Vereinigung des Kampfzieles streben.

Als die wichtige sozialistische Pflicht wird in dem Memorandum Vandervelde-Brouckere die Verteidigung gegen den deutschen Imperialismus und seine Führerschaftstendenzen erklärt. Sehr ausführlich wird unter scharfen Angriffen auf die deutsche Verwaltung Belgiens die Pflicht der Belgier zur Landesverteidigung auseinandergesetzt und der Bürgfrieden gerechtfertigt. Der deutschen Parteimehrheit wird jedoch das Recht, die gleichen Gründe geltend zu machen, bestritten. Die Verteidigung gegen einen imperialistischen Angriff fordere aber mehr als das bloße Zurücktreiben des Gegners über die Grenzen. Verträge könnten keine Sicherheit mehr gewähren; der dauerhafte Frieden könne nur mit demokratisierten Zentralmächten geschlossen werden. Die belgischen Sozialisten wollen nicht eine Zerstückelung Deutschlands oder Oesterreich-Ungarns, sie widersetzen sich auch einem künftigen Wirtschaftskrieg, aber Vorsichtsmahregeln seien nötig, damit das Deutschland von heute sich nicht gegen die Menschheit wende.

Als die größte Gefahr im Augenblicke erscheint es diesen beiden belgischen Sozialisten, daß die Völker aus Ermüdung auch zu einem „brüchigen“ Frieden bereit sein könnten. Ohne Vorbehalt unterstütze man die Friedensparole des Arbeiter- und Soldatenrats: „Keine Annexionen, keine Kontributionen, Selbstbestimmungsrecht der Völker!“, aber es seien verschiedene Auslegungen möglich. Hierzu wird erklärt: Die Wiedervereinigung Elsaß-Lothringens mit Frankreich würde, wenn sie von den Bewohnern gewünscht werde, keine Annexion sein, sondern ihr Gegenteil, ebenso die nationale Einigung Polens, Italiens, Serbiens, wenn die Bewohner es wünschen.

Die Ablehnung jeglicher Annexion bedeute noch nicht die Aufrechterhaltung des Statusquo. Grenzregulierungen mit Zustimmung der Bewohner seien nicht auszuschließen, so z. B. die Rückgabe einiger wallonischer preußischer Dörfer bei Stav-

Deeregruppe des Generalfeldmarschalls von Wadenen

An der unteren Donau war der Feind unruhiger als in letzter Zeit.

### Mazedonische Front.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubenborff.

### Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 6. Juli 1917, abends.

Vom Westen nichts Neues.

In Ostgalizien ist die Schlacht heute neu entbrannt; Massenfürme der Russen sind zwischen Jborow und Konjuch und bei Brzegany unter schwersten Verlusten für den Feind zusammengebrochen.

### Der österreichische Bericht.

Wien, 6. Juli 1917. (W. T. S.) Amtlich wird verlautbart:

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Südlich des Casinatalen wurden bereitgestellte rumänische Angriffstruppen gestreut.

Im galizischen Kampfabchnitt hat das feindliche Artilleriefeuer gestern nachmittag und heute früh wieder zugenommen.

### Italienischer und Südböhmischer Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

lot und die Wiedervereinigung Luxemburgs mit Belgien, wenn die Bewohner dies unzweifelhaft als ihren Willen ausdrücken.

Entsprechend der grundsätzlichen Anerkennung einer deutschen Schadenersatzpflicht gegenüber Belgien, die der Reichskanzler am 4. August 1914 im Reichstag ausgesprochen, wird deutscherseits Ertrag für alle in Belgien entstandenen Schäden verlangt.

Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen habe, konsequent durchgeführt, vielfach den Statusquo auf, es bedeute aber auch nach innen die Demokratisierung, die auch ein Recht der andern, mit dem betreffenden Staat Frieden schließenden Nationen sei. Die Entwicklung in allen Ländern gehe nach dieser Richtung.

Zur Konferenzfrage wird erklärt: Da die Aktion der Russen der Aktion eines internationalen Kongresses notwendig vorausgehen müsse, und dieser sich auf jene stützen müsse, können diese beiden sich gegenwärtig nicht für eine allgemeine Konferenz gegen dem J. S. V. angeschlossenen Parteien aussprechen; sie würde unnütz und gefährlich sein, wenn diejenigen sozialistischen Parteien, die gegenwärtig imperialistische Regierungen stützen, daran teilnehmen würden. Sie haben aber nichts einzuwenden gegen die Teilnahme derjenigen, die in den Zentralstaaten sich der imperialistischen Politik widersetzen und im Grunde dieselben Ziele verfolgen wie die Verfasser des Memorandums. (Zu verfolgen behaupten. Ann. d. Ver.) Sie würden eine Begegnung auch mit den Mehrheitssozialisten der Zentralstaaten nicht ablehnen, wenn diese ihre gegenwärtigen Forderungen abschwächen und offen gegen ihren heimischen Imperialismus Partei ergreifen würden. Darum sei als Voraussetzung bedingung zur Konferenz die Zustimmung zu diesem antiimperialistischen Programm zu fordern.

Es wird verlangt, daß in allen Ländern die Sozialisten Bewegungen inszenieren, um die Regierungen in diese Bahn zu bringen. Auf dieser genauer präzisierten Basis des Sowjats (Arbeiter- und Soldatenrats) wird ein Meinungsaustausch, wie ihn das holländisch-standinavische Komitee angeregt hat, akzeptiert.

Diese Verhandlungen könnten dann zur Ausarbeitung des unabweisbaren Programms einer allgemeinen sozialistischen Konferenz führen, das alle diplomatischen Wandler der Gegner bereitet und die nur dem Namen nach sozialistischen Fraktionen fernhält, die nicht ehrlich einschließen seien, mitzuwirken an dem sozialistischen Werk. Wenn diese Bedingungen erfüllt sind, würden die belgischen Sozialisten glücklich sein, an einer Vollversammlung der wahren Internationalen teilzunehmen.

In einem Anhang wird noch zur flämischen Frage erklärt, daß das Flamenvolk weiter zu Belgien gehören wolle.

Unser Stockholmer Berichterstatter bemerkt: Der langen Rede kurzer Sinn ist also, daß Vandervelde die deutsche Sozialdemokratie erst wieder als sozialistische Partei anerkennen will, wenn sie ihre Wohl- und oft ermögnete Politik aufgibt und abschwört, und wenig im Übergewande naht. Den sozialistischen Parteien der Entente-länder stellt er diese Bedingungen nicht. Der Konferenzgedanke hat an dem einstmaligen Führer der Internationale den schärfsten Gegner.

## Eine Note Argentiniens an Deutschland.

Amsterdam, 6. Juli. Aus London wird berichtet: Wie die „Times“ aus Buenos Aires meldet, hat die argentinische Regierung gestern eine Note nach Deutschland gefandt, worin Entschuldigungen und Entschädigungen für die Versenkung der Orania und der Toro verlangt werden, ferner Bürgschaft für die freie Fahrt argentinischer Schiffe in allen Gewässern Amerikas.

Eine Bestätigung dieser Meldung liegt, wie die Telegraphen-Union an zuständiger Stelle erfährt, bisher nicht vor.

## Südkina gegen Nordkina.

Englische Blätter bringen Mitteilungen aus China, die der neuen Mandchuherrschaft ein nur kurzes Dasein prophezeien. Truppen des republikanischen Südens rüdten bereits nach Norden, und Tschangshun sehe jetzt ein, daß der monarchische Staatsstreich ein Irrtum gewesen sei. Neuer erfährt, daß die telegraphische Nachricht von der Errichtung einer vorläufigen Regierung in Nanking eingetroffen ist. Nach einer anderen Meldung hat in Shanghai eine Konferenz stattgefunden, unter deren Teilnehmern sich auch Sun Yat-sen befand; sie beschloß, den Sitz der republikanischen Regierung nach Shanghai zu verlegen. Der republikanische Truppenführer Tuan-Tijisuf wird von 15 Provinzen unterstützt.

## Der Fliegerangriff auf Harwich.

Ueber den am Mittwoch ausgeführten Angriff auf Harwich wird des Näheren mitgeteilt: Die deutschen Luftstreitkräfte haben den Quellen englischer Kraft einen neuen schweren Schlag zugefügt. Der Angriff galt diesmal einem der Hauptstützpunkte und Schlupfwinkel der englischen „großen Flotte“. Am 4. Juli, vormittags 8 Uhr, erschienen deutsche Flugzeugeschwärme über Harwich und belagten Festung und Kriegshafen ausgiebig mit Brand- und Sprengbomben. Die Großflugzeuge erzielten in den Arsenalen, Paradenlagern, Docks und Werften, auf

einem Flugplatz und auf mehreren Kriegsschiffen zahlreiche Volltreffer. Die klare Sicht gestattete eine deutliche Beobachtung der Einschläge. In den Docks entstand ein großer Brand, der während des Rückfluges über See noch lange zu erkennen war. Der dem Gegner zugefügte militärische Schaden ist bedeutend.

Der Nachrichtenendienst des Feindes hatte diesmal besser gearbeitet. Schon vor der Thesensmündung empfing die Flugzeuggeschwader starke Abwehrfeuer der vor der Ostküste liegenden britischen Seestreitkräfte. Der Gegner folgte mit Feuer während des ganzen weiteren Fluges. Besonders starke Gegenwirkung setzte über Harwich ein. Ueber der Festung kam es mit den zur Abwehr gestarteten feindlichen Fliegern zu zahlreichen Luftkämpfen. Die verließen ergebnislos für den Gegner. Der Rückmarsch führte in gerader Strecke 150 Kilometer über See. In der Gegend von Zeebrügge erwarteten neue feindliche Kampfflieger von der Station Dünkirchen die Bombengeschwader. Aber auch die mit ihnen sich entspannenden Einzelkämpfe brachten dem Gegner keinen Erfolg. Die deutschen Flugzeuge sind vollzählig in ihren Heimatshäfen gelandet. (W. Z. B.)

## Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 5. Juli. Amtlich. Durch unsere U-Boote sind im Atlantischen Ozean und in der Nordsee weitere 18 Dampfer, 6 Segler, 3 Fischereifahrzeuge mit

53600 Br.-Reg.-T.

vernichtet worden.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich die englischen bewaffneten Dampfer Isle of Jura (3808 T.) mit 2000 T. Munition und 3197 T. Kohle von Niddlesborough nach Savona, Huntstrid (8151 T.) mit 10 000 T. Stückgut von Plymouth nach Gibraltar, Scaparis (1932 T.) mit Kohlen von Glasgow nach Marseille, Kapitän und Steuermann gefangen genommen, der englische Dreimaßschoner Bislet, der italienische bewaffnete Dampfer Baldiere (4637 T.) mit 6000 T. Munition von New-Orleans nach Genoa, der portugiesische Dampfer Espinho mit Gerste, Mais und sehr vielen Schweinen von Casablanca nach Lissabon, die russischen Schoner Nera mit 712 T. Tonnerre von Forow nach Cadix, Gaita mit 600 T. Salz nach Island; ferner zwei Dampfer mit Englandskohle, die durch Torpedodoppelschuss aus einem Geleitzug herausgeschossen wurden, ein mittelgroßer schwer beladener Dampfer, aus Persienherausgeschossen, und ein bewaffneter großer Dampfer mit Kohlen von Amerika nach Oten. Ein neutraler Dampfer, der in Charter der französischen Regierung fuhr, hatte Gewehre und Munition von Marseille nach Dakar an Bord. Die Ladungen der übrigen versenkten Schiffe bestanden, soweit sie haben festgestellt werden können, in der Hauptsache aus Kohlen, Stückgut und Wolle.

Auf Grund der bisher vorliegenden Meldungen unserer U-Boote ist schon jetzt zu übersehen, daß die U-Booteerfolge des Monats Juni die des Monats Mai erheblich übersteigen werden.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

## Die russische Offensive.

Kaukasus — Persien — Sinaifront.

Russischer Heeresbericht vom 4. Juli. Westfront: In Richtung auf Komel Artilleriekampf. In Richtung auf Błogow erbeuteten unsere Erkundungsabteilungen in der Gegend des Dorfes Gubow 11 deutsche Maschinengewehre. Ein deutsches Panzerautomobil, das in der Gegend von Wschich vorzudringen versuchte, wurde durch unsere Artillerie vertrieben. Ostlich und südöstlich von Brzegany Artilleriekampf von wechselnder Stärke. Unsere Offensivabteilungen unternahmen heute keinen Angriff. Wir schlugen durch Gewehr- und Maschinengewehrfeuer bei dem Dorfe Metshischew feindliche Gegenangriffe zurück. Während der Kämpfe am 1. Juli nahmen nach vorläufiger Zählung unsere Truppen 300 Offiziere und 18 000 Soldaten gefangen und erbeuteten 29 Geschütze und 38 Maschinengewehre.

Kaukasusfront: Unsere Truppen nahmen nach Kämpfen die Stadt Bendjwin. Im Schwarzen Meer lief am 30. Juni eines unserer Torpedoboote alter Bauart auf eine Mine, die der Feind vor einigen Tagen gelegt hatte.

## Straßenkrawalle in Amsterdam.

Der eintägige Demonstrationstreib in Amsterdam war nicht allgemein und hat zu Zusammenstößen zwischen den Streikenden und Nichtstreikenden geführt. Die Niederländische Telegraaf Agentenschaf meldet gestern: Neue Unruhen brachen in Amsterdam aus, als die Arbeitswilligen von den Munitionswerken an der Hembrug nach Amsterdam zurückkehrten. Sie wurden von Streikenden empfangen, was Anlaß zu Straßenkämpfen und Massenansammlungen gab, die sich über Haarlemmerplein, Haarlemmerdijk und die benachbarten Straßen ausdehnten. Die Infanterie mußte verschiedentlich feuern, wodurch ein Mann getötet und 11 Personen verwundet wurden.

## Kleine Kriegsnachrichten.

Das russische Beutefeld der Dollarkinanziers. Der Petersburger Mitarbeiter der „Associated Press“ telegraphiert, daß eine vom Handelsministerium aufgestellte Kommission empfohlen hat, einen großen Teil der russischen und sibirischen Bergwerke und Minerallager dem amerikanischen Kapital zur Ausbeutung zu überlassen. Die Insel Sochalin soll einer amerikanischen Finanzgruppe zur Ausbeutung der Petroleumfelder und Steinkohlenlager übertragen werden. Die Bedingung ist, daß Amerika sich verpflichtet, möglichst viele russische Arbeiter und russische Ingenieure einzustellen.

Rücktritt des italienischen Marineministers. Admiral Triangi, der italienische Marineminister, ist zurückgetreten infolge der in den Geheimkabinetts der Kammer gegen ihn gerichteten Angriffe.

Brasilien muß helfen. Wie aus New York gemeldet wird, sind brasilianische Schiffe in den amerikanischen Gewässern eingetroffen, um mit der nordamerikanischen Marine zusammen zu operieren.

Das spanische Militärkabinett. Der spanische König unterzeichnete ein Dekret, das seinem Militärkabinett eine neue Grundlage gibt. Die 12 Offiziere, die das Militärkabinett bilden und bisher ihren Posten auf unbegrenzte Zeit inne hatten, sollen künftig alle 4 Jahre wechseln.

Aus der Peter Pauls-Festung entlassen. Aus Petersburg wird gemeldet: General Sehn, der frühere Generalgouverneur von Finnland, wurde aus der Peter Pauls-Festung entlassen.

## Reichstag.

Änderung der Reichstagswahlkreise.

Ein erstes sichtbares Schritchen auf dem Wege zur Neuorientierung ist vom Reichstage getan worden, und die Regierung hat ihm mitgemacht. Es ist ein sehr bescheidenes Schritchen und daher haben wir keinen Grund zum Jubeln. Allenfalls darf man einen Stoßfeuer der Erleichterung daransehen, wie man zu tun pflegt, wenn man bei

brüderlicher Last endlich irgendwo einmal ein zwar kleines aber ärgerliches Päckchen abwerfen kann.

Der erste Antrag des Verfassungsausschusses lag am Freitag dem Plenum vor: für große, schnell gewachsene Reichstagswahlkreise soll bis zur allgemeinen Neuordnung der Wahlkreise eine Vermehrung der Mandate und Einführung der Verhältniswahl herbeigeführt werden. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangte demgegenüber die volle Reform des Reichstagswahlrechts im Sinne unserer Forderungen, besonders durch Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen, ein Verlangen, dessen dringende Notwendigkeit der Krieg wahrlich auch dem verstocktesten Gegenwartsmanne klargemacht haben sollte. Obwohl Genosse Gradnauer diese Gründe für das Frauenwahlrecht wie für unsere übrigen Forderungen überzeugend darlegte, stimmten doch sämtliche bürgerlichen Parteien dagegen. Es möge den Frauen der bürgerlichen Stimmrechtsbewegung überlassen bleiben, ihre männlichen Vertreter, besonders die Mitglieder der beiden liberalen Parteien, durch die nötigen Mittel zu einer besseren Erkenntnis zu bringen. Denn die jetzige kleine Reform, der die Regierung durch den Mund des Staatssekretärs Helfferich ausdrücklich zustimmte, bedeutet nur einen Anfang, nur ein Kriegsgesetz. Die Reform des Reichstagswahlrechts ist aber damit ins Rollen gebracht. Die Verhältnisse nach dem Kriege werden dafür sorgen, daß sie weiter rollt, bis zu einem befriedigenden Ende.

Ohne eigentliche Debatte wurden die beiden Vorlagen erledigt, die eine Verlängerung der Legislaturperiode für den Reichstag und für den elsass-lothringischen Landtag verlangten. Beides ist notwendig, so ungern jeder Abgeordnete, wenigstens jeder sozialdemokratische, auch die Last seines Amtes ohne erneute Befragung der Wähler weiter trägt. Aber Neuwahlen sind im gegenwärtigen Zeitpunkt noch weniger möglich als im vorigen Jahre. Wer das Gegenteil sagt, hat kein Augenmaß für Tatsachen oder treibt demagogische Politik.

Wichtiger als die Plenartagungen sind zurzeit die Ausschüßberatungen des Reichstages. Auf diesen Umstand ist auch zurückzuführen, daß entgegen den Vereinbarungen am heutigen Sonnabend keine Vollziehung stattfindet. Der Hauptauschuß soll genügend Zeit zu seinen bedeutungsvollen Beratungen haben. Hoffen wir, daß sie ein Ergebnis zutage fördern, mit der das deutsche Volk zufrieden sein kann!

## Sozialdemokratische Interpellation zur wirtschaftlichen Krise.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstage folgende Interpellation eingebracht:

Sind dem Herrn Reichskanzler die unerträglichen Verhältnisse auf dem Obst- und Gemüsemarkt und in der Kohlenversorgung bekannt?

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß Hausbesitzerorganisationen beschlossen haben, zum Nachteil auch der wirtschaftlich schwachen Mieter, namentlich auch der Familien von Kriegsteilnehmern, Steigerungen des Mietzinses um 10 bis 33 Proz. durch Kündigung der Mietverträge durchzusetzen.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler gegen diese Mißstände zu tun?

Zu Rednern sind von der Fraktion die Genossen Hoch und Daudert bestimmt worden.

## Für Erhöhung der Arbeiterrente.

Abg. Ebert (Soz.) hat im Reichstage folgende Anfrage eingebracht:

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die auf Grund der Reicherversicherungsordnung gewährten Invaliden- und Unfallrenten, die für normale Lebensverhältnisse schon sehr gering bemessen sind, heute nicht mehr ausreichen, um die Invaliden der Arbeit vor der äußersten Notlage zu schützen?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um dieser Notlage der Arbeitsinvaliden baldigst abzuwehren?

## Hauptauschuß des Reichstags.

Die Ernährungsfrage. — Vertagung der politischen Aussprache.

Böhle (Soz.) besprach eine Reihe elsass-lothringischer Fragen. U. a. verlangte er, daß die jetzigen günstigen Schiffsabverhältnisse ausgenutzt werden, um Kohlen nach Elsass-Lothringen, besonders nach dem Oberelsaß und ähnlichen Bezirken zu befördern.

Dann führte Herr v. Batocki aus: Er anerkenne den vollen Ernst, der augenblicklich in bezug auf die Ernährung geboten sei. Aus der jetzigen Lage ergebe sich eine große Verantwortung für ihn und seine Mitarbeiter. Juni und Juli seien auch im Vorjahre die schlimmsten Monate gewesen. Die Dürre in einem Teil von Deutschland habe hinsichtlich der Obst- und Gemüseernte die Lage verschärft. Gerade bei diesen schnell verderblichen Waren sei eine gleichmäßige Versorgung der Verbraucher durch behördliche Maßnahmen besonders schwer durchzuführen. Die Gefahr, daß die geringere Vorratmenge nicht durchgehalten werden könne, habe in der Tat zeitweilig bestanden; jetzt aber sei sie beseitigt. Von Anfang oder Mitte August ab werde mehr Mehl gegeben, aber gleichzeitig die Fleischmenge ermäßigt werden, um unsere Wünsche zu erhalten. Bestimmte Voraussetzungen über die neue Ernte seien heute unmöglich. Schwarzseherei sei heute ebensowenig angebracht wie Schönfärberei. Der Acker sei trotz außerordentlicher Schwierigkeiten fast restlos bestellt. Die Aussichten für Brotgetreide seien in der Mehrzahl der Bezirke gut oder befriedigend. Der schlechte Stand auf dem ganz leichten Sandboden in der Umgebung Berlins dürfe nicht verallgemeinert werden. Der Kartoffelstand sei fast überall gut. Man kann hoffen, daß die Kartoffelernte, welche die wichtigste Grundlage der Ernährung ist, wesentlich besser sein wird als im letzten Jahre. Der Bestand an Rindvieh und Schafen sei trotz der starken Schlachtungen und der Bestand der Schweine im Verhältnis zu den Futtermöglichkeiten eher zu hoch als zu niedrig. Im Herbst müsse die Schweinefrage nach den Vorschlägen der Reichstagskommission, die Deutschland bereift habe, mit Nachdruck und erforderlichenfalls mit Rücksichtslosigkeit gelöst werden. Geschähe das, so könne man der Versorgung im neuen Erntejahr mit vollem Vertrauen entgegensehen.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums erklärte auf eine in der vorigen Sitzung an das Kriegsministerium gerichtete Anfrage, daß das Kriegsministerium sich seiner Pflicht bewußt sei. Für die Opfer des Krieges, die Verletzten und Hinterbliebenen in ausreichendem Maße gesorgt zu werden. Im Kriegsministerium sei kein Augenblick der Gedanke vorherrschend gewesen, daß sich das Reich dieser Pflicht durch freiwillige Spenden entziehen könne. Vielmehr sei es die Pflicht des Kriegsministeriums, nach dem Kriege das Geis so zu ändern, daß die Versorgung der Verletzten und Hinterbliebenen allen Ansprüchen genüge. Bis dahin werden aus dem Kriegsministerium zu diesem Zweck zur Verfügung gestellten Mitteln Zuschüsse zu den Renten geleistet.

Abg. Dr. Pfeiffer (Zit.) erklärte sich durch die Auskunft des Präsidenten nicht in vollem Umfange befriedigt. Durch eine richtige und durchgreifende Regelung, wie sie in Bayern sowohl in der

Fleischversorgung als auch in der Abgabe von Gemüse und Obst vorhanden sei, könnten viele Mißbräuche verhindert werden. Die außerordentlich hohen Preise, die zum Beispiel hier für Obst und Gemüse gefordert und bezahlt werden, stehen in einem geradezu unbegreiflichen Widerspruch zu den Preisen, die für das aus Bayern eingeführte Obst und Gemüse bezahlt werden.

Der Präsident des Ernährungsausschusses versprach, daß im kommenden Jahre nur gute Marmelade auf den Markt kommen solle. Was irgendwie geschehen könne, auch Obst zu angemessenen Preisen abzugeben, solle geschehen; jedoch könne man die Preise dort, wo eine gute Zufuhr ist, wie in Bayern, nicht vergleichen mit einem Bezirk wie Berlin, wo nicht so viel eingeht wie gebraucht wird. Gegen Bedenken des Abg. Pfeiffer müsse er ausdrücklich betonen, daß wir in der Tat im Vergleich zu den vorhandenen Futtermitteln zuviel Schweine haben und daß unter allen Umständen ein richtiges Verhältnis zwischen den Futtermitteln und dem Viehbestand hergestellt werden müsse, um zu verhindern, daß nicht solche Nahrungsmittel, die zur menschlichen Ernährung geeignet sind, in unverantwortlicher Weise verfüttert werden.

Hierauf trat der Ausschuh in die

Vertagung der politischen Fragen

ein. Dabei handelte es sich wesentlich darum, die Schlussfolgerungen aus den bisher gemachten Ausführungen zu ziehen. Im Lauf dieser Beratungen, die vertraulich waren, kam der Ausschuh dazu, dem Reichstag vorzuschlagen, am Sonnabend keine Plenarsitzung, dafür aber Ausschuhssitzung abzuhalten.

## Streikdrohung der Berliner Obst- und Gemüsehändler.

Gegen den Zwischenhandel.

Eine vom Bund Groß-Berlin des Reichsverbands deutscher Obst- und Gemüsehändler einberufene Massenversammlung tagte gestern abend im Lehrervereinssaal.

Generalsekretär Reubauer wandte sich in scharfen Ausführungen gegen die bisherige Höchstpreispolitik, gegen die Drangsalierung der Kleinhändler und gegen das

verbrecherische Treiben des Zwischenhandels.

Unter stürmischem Beifall der Versammlung erklärte er: wenn das Treiben vor der Zentralmarkthalle nicht aufhöre, werde der Bund zum ersten August an die Kleinhändler die Parole ausgeben, nicht mehr in der Halle einzukaufen und die Geschäfte zu schließen.

Oberregierungsrat Tilly, der Leiter der Reichsstelle für Obst und Gemüse, wandte sich entschieden gegen diese Streikdrohung. Der Magistrat Berlin wüßte die Unterbindung des mit Recht beflaggen Zwischenhandels und finde in diesem Punkte bei der Reichsstelle Unterstützung. — Auch Magistratsrat Gordan versuchte, beruhigend auf die stark erregte Versammlung einzuwirken.

Die Beschwerden über die Versorgung mit Obst und Gemüse wollen nicht aufhören, die Zufuhr, die nicht unerheblich ist, sogar größer als sonst, deckt nicht den Bedarf, der ins Riesengroße wächst. Die Verteilung, die in Berlin leider recht schlecht geregelt ist, hat die Unzulänglichkeiten gesteigert. Wer einmal den Frühmarkt an der Zentralmarkthalle angesehen, erkennt sofort, daß die Markthalle für diesen Handelsumschlag auch nicht entfernt ausreicht.

Es ist deshalb schon zu Beginn des Jahres in der Preisprüfungsstelle der Antrag aus Verbraucherkreisen gestellt, den Großmarkt zu teilen und für Berlin und die Vororte noch zwei oder drei größere Plätze im Norden, Süden und Osten für die Anfuhr des Großhandels und der Produzenten aus der Umgegend von Berlin freizugeben. Damit würde die Überlastung der Markthalle gemildert. Verlangt wurde ferner eine strenge Kontrolle, um den Verkauf auf den Landstragen, wie er während des Krieges sich eingebürgert hat, zu beseitigen. Der Berliner Magistrat hat diese Vorschläge abgelehnt, nachdem der Großhandel erklärt hatte, daß er, da hierfür eine Preisregulierung unmöglich und der Absatz unter Umständen ins Stocken geraten kann, gegen diese Aenderung sei. Die Kontrolle schob man der Polizei zu und entschuldigte damit das Nichtstun. Inzwischen hatte man in Berlin gegen die Auffassung der Verbraucher in der Preisprüfungsstelle den Gemüsehandel vom Ausland so geregelt, daß erst die Ware in die Hände einiger Großhändler gelangt, von dort in den Zwischenhandel des Großhandels und dann erst dem Kleinhandel zugeführt wird. Wäre es nicht möglich gewesen, direkt die Ware vom Großhandel dem Kleinhandel zu übergeben?

So durchläuft die Ware die verschiedensten Interessengruppen, die sich auch bisher mit allen Kräften gegen die Festsetzung von Höchstpreisen wandten und alles versuchten, um die Preispolitik zu hintertreiben. Man muß die Vertreter des Handels gehört haben, mit welcher Entschiedenheit sie gegen die Höchstpreise wetterten, man muß die Handelspresse dieser Interessenten durchsehen, um zu erkennen, daß in diesen Kreisen das Bestreben, die Kriegskonjunktur auszunutzen, mit allen Mitteln betrieben wird.

Der Schlusstein, gegen den sich der Handel wandte, der aber gerade von unserer Seite gefordert wurde, um der faulen Ausrede auf den Grund zu gehen, daß für die Ware höhere Preise gezahlt sind, wird nicht durchgeführt, weil die Kontrolle, um die Durchführung zu erzwingen, fehlt, und die Stadtverwaltung die Kontrolle nicht herbeiführt.

Der ganze Vorgang beweist wieder, daß der Handel in der Kriegszeit vollständig versagt und das Verlangen, ihm noch größere Freiheiten zu gewähren, das Uebel nur steigern kann.

Es gibt leider sehr viele, die an nichts anderem Interesse haben als an hohen Preisen. So wandern die Waren in Hände der Zahlungsfähigen, Höchstpreise sind ausgeschaltet, dort wird Vorrat in Konserven aufgeschichtet, und wenn nicht alles trägt, haben wir im kommenden Winter auch einen Scheichandel in Marmelade und Gemüsekonserven zu erwarten.

Warum nimmt die städtische Verwaltung die Verteilung und den Verkauf nicht selbst vor? — Weil es der Handel nicht erlaubt!

## Letzte Nachrichten.

22 625 amerikanische Flugzeuge.

Washington, 6. Juli. (Neuermeldung.) Das Kriegsdepartement legte dem Militärausschuß des Repräsentantenhauses die Bill zum Ausbau der Luftflotte vor. Die Bill sieht die sofortige Erbauung von 22 625 Aeroplanen vor, wofür 630 Millionen Dollar gefordert werden.

Bergwerksunglück.

Perne, 6. Juli. Auf der Zeche Reddinghausen 1 ereignete sich vergangene Nacht gegen 1 Uhr eine Sprengstoffexplosion. Leiber sind mehrere Verletzte getötet und einige schwer verletzt worden. Die Rettungsarbeiten sind durch die entwickelten Sprengstoffgase sehr erschwert worden.

# Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

Der Zentralverband der Schuhmacher hatte am Mittwoch eine Generalversammlung. Nach der Abrechnung für das zweite Quartal hatte die Lokalkasse einen Bestand von 24.254 M. — Die Zentralkasse rechnete im zweiten Quartal in Einnahme und Ausgabe mit 3601 M. — Der Bestand der lokalen Kassen betrug am Quartalschluß 5992,20 M. — Mitglieder waren 1243 vorhanden.

Hamacher gab den Geschäftsbericht. Im verflochtenen Quartal war nur eine Lohnbewegung zu verzeichnen. Es wurden Zuschläge zum Affordlohn und zum Zeitlohn erzielt. — Wegen der Auszahlung des sogenannten siebenten Sechstels aus der Zeit der Streckungsverordnung mußte der Ueberwachungsausschuß in Anspruch genommen werden. Er entschied, daß die Auszahlung zu erfolgen hat. Danach ist im allgemeinen Verfahren worden, wenn es auch nicht überall ganz glatt ging. — Eine größere Arbeitslosigkeit ist infolge der Schließung von Betrieben nicht eingetreten und wird voraussichtlich nicht eintreten.

Zu Vorkämpfern und nichtkämpfenden Mittglidern des Kriegsaussschusses wurden Krause und Draxpa gewählt.

Hamacher machte dann Mitteilungen vom Reichstarif für Militärarbeit, der zwischen den Unternehmerverbänden und dem Ueberwachungsausschuß für die Schuhindustrie unter Zustimmung von Vertretern des Kriegsministeriums abgeschlossen worden ist. Das Kriegsministerium erklärte sich bereit, nur an die Abstrahanten, die den Tarif wirklich bezahlen, Arbeit auszugeben.

Die wöchentliche Arbeitszeit wurde auf 54 Stunden festgelegt. Wo sie für 2er ist, bleibt die kürzere Arbeitszeit bestehen. — Die Festlegung auf 54 Stunden bedeutet für eine Reihe von Orten Deutschlands, wo noch 56 und 57 Stunden gearbeitet wird, einen Erfolg. Ueberstunden dürfen nur ausnahmsweise mit Genehmigung des Ueberwachungsausschusses gemacht werden. Für sie ist ein Zuschlag von 25 Proz. zu zahlen, für Sonntagsarbeit 50 Proz. Es wurden Grundlöhne festgelegt, die für Jugendliche besonders abgestuft sind und die für männliche Arbeiter über 21 Jahren 50 Pf. und für weibliche Arbeiter über 21 Jahren 40 Pf. betragen.

Außerdem ist ein Affordtarif teils schon festgelegt, teils wird er noch ausgearbeitet. Zu den Grundzeitlöhnen und Grundaffordlöhnen kommen Kassenbeiträge Ortszuschläge, die sich zwischen 5 und 20 Proz. (letzterer für Großstädte) bewegen. Außerdem ist eine Teuerungszulage zu zahlen, die überall gleichmäßig wöchentlich für männliche und weibliche Arbeiter beträgt: bei einem Alter bis 16 Jahren 1,50 M., zwischen 16 und 18 Jahren 2 M., zwischen 18 und 21 Jahren 3 M. und über 21 Jahre 4 M. Für jedes erworbene Kind ist dem Ernährer wöchentlich 1 M. zu zahlen. Für Heimarbeit beträgt die Teuerungszulage 15 Proz. des jeweiligen Wochenverdienstes. Dazu kommt dann noch ein Kriegszuschlag von 10 Proz., der auf die Grundlöhne und Affordsätze einschließlich der Ortszuschläge zu zahlen ist. — Heimarbeit ist möglichst zu vermeiden. Wo es nicht geht, kommt zu dem vorgezeichneten Stücklohn ein Zuschlag von 10 Proz. — Auch für Instandsetzungsarbeiten sind bestimmte Normen festgelegt, nach denen sich, ohne Festlegung bestimmter Lohnsätze, der Verdienst zu richten hat. Für jeden der Bezirke, in die das Deutsche Reich eingeteilt ist, ist eine Schlichtungskommission vorgegeben. Außerdem ist eine Zentral-Tarifkommission eingesetzt. Der Reichstarif gilt vom 20. Juni ab, und zwar bis sechs Monate nach Friedensschluß mit der letzten feindlichen Großmacht.

Die Veranmlung nahm ohne Diskussion von dem Reichs-Militärarist Kenntnis.

Zur Uebernahme des Arbeitsnachweises durch die Stadt wurde mitgeteilt, daß nunmehr die erforderlichen Schritte getan sind, um eine Nachabteilung für die Schuhindustrie auf paritätischer Grundlage dem städtischen Arbeitsnachweis anzugliedern. Die Einrichtung tritt zum 1. Oktober ins Leben. Die Veranmlung erklärte sich mit dem Statutenentwurf und einigen, von Hamacher dazu vorgebrachten Änderungen einverstanden. In das Kuratorium wurden Hamacher und Riccio, als Stellvertreter Funk und Ebert delegiert.

## Bekanntmachung.

Gemäß § 3 der Verordnung vom 3. Juli 1916 betreffend Regelung des Verbrauchs und Abfages von Kartoffeln wird hiermit für Berlin folgendes bestimmt:

I. In der Woche vom 2. Juli bis 15. Juli 1917 dürfen zunächst auf die 2 weißen Abchnitte 63 a der Kartoffelarten je 1/2 Pfund Kartoffeln, zusammen also höchstens 1 Pfund Kartoffeln abgegeben und entnommen werden.

Wer bis zum Freitag, den 13. Juli 1917 einschließlich auch das Pfund Kartoffeln nicht zu erhalten vermag, soll berechtigt sein, auf die 2 weißen Abchnitte je 100 Gramm, also zusammen je 200 Gramm Gebäd in gleicher Weise zu entnehmen.

II. Als Ersatz für die restlichen 4 Pfund Kartoffeln soll auf die 6 schraffierten Abchnitte 63 a — 63 e und die 2 weißen Abchnitte 63 d in der gleichen Woche bei einem Berliner Bürger oder bei einer sonstigen Brotverkaufsstelle in Berlin unter gleichzeitiger Vorlegung einer Berliner Lebensmittellarte Gebäd entnommen werden dürfen, und zwar entsprechend der Kaufkraft des dem Magistrat zur Verfügung gestellten Menge Mehl, 100 Gramm Gebäd auf jeden Abschnitt, zusammen also höchstens 800 Gramm Gebäd.

III. Auf die Kartoffelzusatzkarten dürfen 2 Pfund Kartoffeln abgegeben und entnommen werden. Wer auf die Zusatzkarten Kartoffeln nicht zu erhalten vermag, ist berechtigt, für jeden Kartenabschnitt über ein halbes Pfund Kartoffeln ebenfalls 100 Gramm Gebäd, also zusammen höchstens 100 Gramm Gebäd zu entnehmen.

IV. Militärrauben sind berechtigt, auf ihre Kartoffelkarten nur Gebäd zu entnehmen und zwar für jeden Abschnitt über 1/2 Pfund Kartoffeln je 100 Gramm Gebäd.

V. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen sind nach Maßgabe der angezogenen Verordnung strafbar.

Berlin, den 6. Juli 1917.  
Magistrat der königlichen Haupt- und Residenzstadt.  
Nr. 882 Kart. 17. Reide.

**Deutsches Theater.**  
Heute und folgende Tage 8 Uhr  
Max Pallenberg  
in **Familie Schimke.**  
Kammerspiele.  
Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:  
**Die Tänzerin**  
(mit Leopoldine Konstantin).  
**Volkshöhle.** Theat. a. Bülowplatz.  
Untergrund. Schönhauser Tor.  
Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:  
**Die Königin der Luft.**  
Dir. C. Meinhard — R. Bernauer.  
**Komödienhaus**  
8 Uhr: Wie fessle ich meinen Mann?  
7 1/2 Uhr: Die tolle Komteß.  
**Lessing-Theater.**  
Heute u. folg. Tage 7 1/2 Uhr:  
Marie Ottmann u. Hans Wanzmann in  
Oper v. O. Blumenthal.  
**Niobe.** Musik v. Osk. Straus.

**URANIA**  
Taubenstraße 48/49.  
8 Uhr:  
**Die Insel Rügen.**  
**Voigt-Theater.**  
Badstr. 58. Badstr. 58.  
Täglich große Extravorstellung.  
**Pieper und Sperling**  
Grittlässiges  
Spezialitäten-Programm.  
Anf. Sonntags 4. moent. 7 1/2 Uhr.  
**Rose-Theater.**  
7 1/2 Uhr: Die Stunde des Vertrauens  
Gartenstr. Berlin wie es liobt u. haßt.

# Parteinachrichten.

Württembergische Frauenkonferenz.

Am Sonntag, den 24. Juni, fand eine württembergische Frauenkonferenz statt. Genossin Fischer, der die Verhandlungen leitete, berichtete zunächst, in welchem Umfange unsere Genossinnen in den verschiedenen Städten in der Lebensmittelversorgung (Milchsausschüssen, Preisprüfungsstellen, Konsumentenvereinen usw.) mitläufig sind. Genossin Fischer verlas einen Bericht der Genossin Bloß, welche verhindert war, persönlich anwesend zu sein, über die Frauenbewegung in Stuttgart, die sich leider im wesentlichen nur auf einige Versammlungen beschränkte. Genossin Schrödin (Neutlingen) wies darauf hin, wie notwendig der Redaktionswechsel in der „Gleichheit“ geworden ist. Sie selbst war Mitarbeiterin derselben, wurde aber durch die einseitige Haltung ausgeschlossen. An die Frauen sei vor allem mit praktischer Arbeit heranzutreten; es gelte sie zu informieren, wie es nach dem Krieg aussieht werde. Ferner seien ihnen unsere Gegenwartsforderungen zu erläutern und nicht lediglich vom Frauenwohlrecht zu sprechen, sondern auch von der Ausgestaltung des Schulwesens, weil darin unserer Kinder Zukunft liegt. Unsere Pflicht ist es, dafür zu sorgen, daß ihnen auch in der Volksschule Gelegenheit gegeben wird, sich die Kenntnisse anzueignen, die nötig sind, um eine würdige Lebenshaltung zu erlangen und das Wort des Reichskanzlers „Freie Bahn allen Tüchtigen“ wahr zu machen.

Die Genossinnen Schrödin (Neutlingen) und Bloß (Stuttgart) wurden auf die Reichskonferenz delegiert.

## Aus den Organisationen.

Am Sonntag, den 1. Juli, fand für den Wahlkreis Eisenach-Deurbach eine Generalversammlung für die Mitglieder der alten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Gasthof „Zum Engel“ in Eisenach statt. Mehr wie 40 Genossen hatten sich zu dieser Versammlung aus der Stadt Eisenach eingeladen, außerdem waren auch die Ortskassen der nächsten Umgebung vertreten. Gewiß ein schönes Resultat, wenn man die gegenwärtige Eisenacher Parteibewegung in Betracht zieht und die jetzige Zeit, wo gerade die ländlichen Genossen in Feld und Garten überbeschäftigt sind. Genossin Leber referierte über: „Die Neuordnung der Parteizweige im Wahlkreis und in Eisenach.“ Obwohl einige „Unabhängige“ die Versammlung in die Länge ziehen wollten, erledigte die Versammlung die reichhaltige Tagesordnung in wenigen Stunden. Als Kreisvorsitzender wurde Genossin Heinrich Linz aus Mittelthal bei Eisenach gewählt; als Kreisassessor: Genossin August Baum-Eisenach. Zum Parteitag wurde Genossin Leber als Delegierte gewählt. Die Aussprache über die Presse ergab, daß die Genossen an der „Weimarerischen Volkszeitung“ festhalten. Wegen Herausgabe des Vereinsvermögens und des Vereinsmaterials wurden die Genossen Linz und Kimmel beauftragt, mit dem „unabhängigen“ Kreis- und Ortsvorstand sofort in Verbindung zu treten. Sollte eine glückliche Einigung nicht erzielt werden, dann werden die nötigen Schritte, die zur Herausgabe des Materials und des Vereinsvermögens führen, eingeleitet werden. Als der neugewählte Vorstand nach Schluß der Versammlung noch eine Sitzung abhielt, konnte er konstatieren, daß 50 Genossen und Genossinnen der alten Sozialdemokratischen Partei sofort beigetreten waren. Die „Unabhängigen“ werden es in kurzer Zeit erleben, daß trotz ihrer Hege in Eisenach-Deurbach für sie nicht viel zu holen ist.

# Industrie und Handel.

Eine Generalprobe.

Der Bundesrat hat unter dem 9. Juni beschlossen, alle deutschen Seifenfabriken zu einem Zwangsmonopol zusammenzufassen, das auch bei Friedensschluß nicht aufgelöst, sondern noch ziemlich lange Zeit danach fortbestehen dürfte. Neben der Regelung der Arbeitsbedingungen und einer Vertretung der Arbeiter im Ueberwachungsausschuß ist bisher nichts bekannt geworden. Das „Korrespondenzblatt“ der Generalcommission spricht die Befürchtung aus, daß bei dem feil dem Weggang Delbrücks im Reichsamt des Innern herr-

schenden reaktionären Geist zwar der Uebernehmergewinn gesichert werden würde, die Interessen der Arbeiter und Konsumenten aber gar nicht berücksichtigt würden. Es erklärt demgegenüber, daß diese erste öffentlich rechtliche Monopolbildung nach Einreichung der gemeinsamen Eingabe aller Gewerkschaftsvereinigungen an den Reichskanzler von diesen als Bestreben angesehen werden müsse, wie weit die Reichsbehörden geneigt sind, bei der Schaffung von Monopolen auch Arbeiterinteressen wahrzunehmen zu lassen.

# Soziales.

Gewerbliches Recht und gelehrte Richter.

Im Juni-Heft des „Reichsarbeitsblattes“ wird ein Urteil des Gewerbegerichts Charlottenburg und die endgültige Entscheidung des Landgerichts über die erhobene Berufung wiedergegeben. Der Ausdruck dieser Urteile erfolgt natürlich ohne Kommentar, aber die Entscheidungen erscheinen wichtig genug, um sie einer kurzen Besprechung zu unterziehen.

Die Tapezierer-Zwangsgewerkschaft zu Charlottenburg hat am 15. Oktober 1915 beschlossen, den verheirateten Gehilfen eine Teuerungszulage von 10 Pf. die Stunde zu gewähren. Der beklagte Meister ist Mitglied der Zwangsgewerkschaft und er hat dem Kläger auf besser wiederholtes Verlangen versprochen, ihm eine Teuerungszulage zu zahlen, wenn sie bewilligt sei. Tatsächlich zahlte er aber nicht und der Gehilfe klagte seine Forderung beim Gewerbegericht ein. Er forderte für 26 Wochen zu je 40 Arbeitsstunden den Zuschlag von 10 Pf. die Stunde, ermäßigte aber die Gesamtforderung, die 104 M. betragen hätte, auf 100 M. Der Kläger hatte im Afford gearbeitet und der vom Gewerbegericht als Zeuge vernommene Obermeister bestätigte, daß der Affordtarif nicht umgedreht wurde, sondern daß den Affordarbeitern für jede Arbeitsstunde 10 Pf. Zuschlag zu zahlen waren. Das Gewerbegericht hat bei diesem klaren Sachverhalt den Beklagten am 25. Juli 1916 dem Klageantrag entsprechend verurteilt.

Der verurteilte Meister erhob aber Berufung beim Landgericht III in Berlin. Dieses hat die Forderung des Arbeiters durch Urteil vom 22. Januar 1917 abgewiesen. Eigentümlich wäre das Urteil, da der Wert des Streitgegenstandes 100 M. nicht übersteigt, nicht berufungsfähig gewesen. Das Landgericht bedauerte aber, der Kläger habe zwar erklärt, im ganzen beanspruche ich 100 M., aber damit habe er auf die überschreitenden 4 M. nicht für die Zukunft verzichtet. Der Wert des Streitgegenstandes übersteigt also 100 M. und ist somit berufungsfähig.

In der Sache stellte sich das Landgericht auf den Standpunkt, daß die Innungsversammlung, deren Beschluß auch für den Beklagten bindend ist, nur für die Stundenarbeiter gelte, nicht aber für die Affordarbeiter, deren Tarif ja nicht erhöht wurde. Dem Zeugnis des Obermeisters, daß die Zahlung des Zuschlages auch an die Affordarbeiter örtlich sei, legte das Gericht keine Bedeutung bei, denn der Zuschlag habe nach der Aussage des gleichen Zeugen teils 10 Pf., teils 5 Pf. betragen, und einige Firmen hätten statt des Stundenzuschlages eine Erhöhung der Stücklöhne bewilligt. Verweidantträge, um darzutun, daß sich eine feste Uebung bezüglich der Erhöhung der Löhne der Affordarbeiter gebildet habe, sind nicht gestellt worden, und das Gericht nimmt das Gegenteil an, zumal es zweifelhaft erscheint, daß sich ein Ortsgebrauch nach geltendem Recht in so kurzer Zeit bilden konnte. Die Klage des Arbeiters wurde deshalb abgewiesen.

Die Entscheidung des Gewerbegerichts entsprach dem natürlichen Rechtsempfinden. Die gelehrten Richter des Landgerichts liegen aber die Verhältnisse des praktischen Lebens außer Betracht und urteilen nach dem Buchstaben des Gesetzes. Durch Inoffizielle Auslegungen wird der klare Sachverhalt den Anforderungen der Gesetzesparagrafen angepaßt und so ein Urteil gefunden, das jedenfalls allen juristischen Anforderungen entspricht, aber das vorhandene Rechtsbewußtsein des tüchtigen Mannes unberücksichtigt läßt. Die Gegenüberstellung der beiden Urteile läßt den Wert der Gewerbegerichte deutlich erkennen.

Verantwortl. f. Politik: Dr. Franz Diederich, Berlin-Friedenau; für d. übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Inserate: Th. Giese, Berlin, Trud. u. Verlag: Friedrichs Buchdruckerei u. Verlagshaus Paul Singer & Co., Berlin SW.

Hierzu 1 Beilage.

## Theater für Sonnabend, den 7. Juli.

**Deutsches Opernhaus**  
7 1/2 Uhr: **Nanon.**  
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.  
7 1/2 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**  
**Kleines Theater**  
8 Uhr: **Im Bahnwärterhaus.**  
**Komische Oper**  
8 1/2 Uhr: **Die Dose Sr. Majestät.**  
**Lustspielhaus**  
7 1/2 Uhr: **Die blonden Mädels vom Lindenhof.**  
Morgen 3 1/2 Uhr: **In Vertretung.**  
**Metropol-Theater**  
7 1/2 Uhr: **Die Czardasfürstin.**  
**Neues Operettenhaus**  
Schiffbd. 4a. Kasseentel. Nord. 281  
7 1/2 Uhr: **Der Soldat der Marie.**

**Residenz-Theater**  
7 1/2 Uhr: **Die Konkurrenten.**  
**Schiller-Theater O**  
7 Uhr: **Die Jüdin.**  
**Schiller-Th. Charlottenb.**  
7 1/2 Uhr: **Alt-Heidelberg.**  
**Thalia-Theater**  
7 1/2 Uhr: **Sonnwendzauber.**  
**Theater am Nollendorfpf.**  
3 1/2 Uhr: **Der Wildschütz.**  
7 1/2 Uhr: **Die Gulaschkanone.**  
**Theater des Westens**  
7 1/2 Uhr: **Stolze Thea.**  
Morg. 3 1/2 Uhr: **Hausmanns Töchter.**  
**Trianon-Theater**  
7 1/2 Uhr: **Der Star.**

**OPERETTEN GASTSPIEL**  
Herrnfeld-Theater  
Kommandantenstr. 57.  
**DIE LEDIGE EHEFRAU**  
7 1/2 Uhr

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
**Cabaret**  
„Feldgrau“  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Berliner Prater-Theater**  
Kastanienallee 7-9.  
Heute:  
**Aha — famos!**  
Große Auffassungen. Operettenposse in 3 Akten mit Gesang und Tanz. Vorher das große Varietèprogramm. Anfang 4 1/2 Uhr.

**Walhalla-Theater.**  
7 1/2 Uhr:  
**Zigeuner.**  
Gartenbühne: Vorstellung.

**Admirals-Palast.**  
**Abrakadabra**  
großes phantastisches Ballett auf dem Eis.  
Angenehmer kühler Aufenthalt  
7 1/2 Uhr. Vorzügl. Küche.

**Palast**  
Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2.  
R. Steidl, A. Müller-Lincke, Gertr. Gräbner, B. Lehnhoff  
in **„Der Herr ohne Wohnung“.**  
Dazu:  
**Afra, die Seltsame usw.**

Beschlagnahmefreie Mengen gebrauchter  
**Sektorken Weinkorken**  
26 Pf. das Stück 4 Pf.  
**Zelluloid-Film.**  
**Guttapercha.**  
**Hartgummi.**  
**Wachswalzen.**  
**Schallplatten.**  
Abfälle kauft  
**Ordower G. m. b. H.**  
Georgenkirchstr. 50,  
b. Alexanderplatz.  
9-12, 3-6 Uhr.  
54/9\*

**NATIONAL-THEATER.**  
Rübenstr. 68 Tägl. 7 1/2 Uhr  
**Die Lieder des Musikanten!**  
Vollständig in 7 Bildern v. Kniefel.  
(In erster Besetzung.)  
Vorverkauf ab 10 Uhr ununterbr.

**Verband der Brauerel- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen**  
**Zahlstelle Berlin.**  
**Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hilfsarbeiter  
**Paul Jeltsch**  
am 29. Juni an Ruhr gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
1777 Die Erbsverwalter.

**Zirkus A. Schumann**  
Am Bahnh. Friedrichstr.  
Rauchen gest. Kühler Aufenthalt.  
Das **Zirkus-Varieté** Programm  
u. a.: **Auf der Alm.**  
Dir. Schumanns Meisterdressuren.  
**Halali.** Parforce-Schnitzeljagd.  
Sonntag 3 1/2, und 8 Uhr.  
Nehm. 1 Kind frei sowie Gratis-Pony-Reiten.

Am 4. Juli 1917 starb nach langen, schweren, in Geduld getragenen Leiden mein lieber, guter Mann, der Buchdrucker-Junior  
**Wilhelm Reich**  
im 44. Lebensjahre.  
Dies zeigt in tiefem Schmerz an  
**Frau Meta Reich,**  
Berlin, Luisenweg 112.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 8. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem neuen Sankt-Johannis-Friedhof bei Pläntsch statt.

Reichstag.

112. Sitzung. Freitag, den 6. Juli 1917, nachmittags 3 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Abg. Dittmann (Unabh.): Ist dem Reichskanzler bekannt, daß das Generalkommando des 19. Armee-Korps in Leipzig verboten hat, zwei Artikel der 'Leipziger Volkszeitung', betitelt: 'Die Wahrheit über die Friedenspolitik der Regierungssocialisten' als Flugblatt zu verbreiten?

Willigt der Reichskanzler diese Parteimahne zugunsten einer einzelnen politischen Partei und was gedenkt er zu tun, um die ungehinderte Erörterung der Kriegsziele und Friedensfrage gegen solche Eingriffe militärischer Vorgesetzten sicherzustellen?

Ministerialdirektor Lewald: Das Verbot des stellvertretenden Generalkommandos des 19. Armee-Korps ist dem Reichskanzler bekannt. Eine Parteimahne zugunsten einer einzelnen politischen Partei in dieser Hinsicht zu erlassen, ist nicht zureichend. (Gelächter bei den Unabh.) Diese Annahme wird schon dadurch widerlegt, daß der Abdruck zweier mit dem Flugblatt inhaltlich übereinstimmender Artikel in der 'Leipziger Volkszeitung' nicht beanstandet worden ist. Wenn die Verbreitung des Flugblatts unterbunden ist, so ist das aus Gründen der öffentlichen Sicherheit geschehen. (Erneutes Gelächter bei den Unabh.) Die Verbreitung des Flugblatts wäre geeignet, Unruhe in die Bevölkerung auch durch etwaige scharfe Entgegnungen zu tragen, was in der jetzigen Zeit vermieden werden muß. Die Verantwortung für die öffentliche Sicherheit und Ruhe trägt aber allein der zuständige Militär-Befehlshaber.

Abg. Rudloff (Zentrum) fragt an, ob der Reichskanzler bereit sei, umfassende Maßnahmen zur Sicherung der Hausbrandkohle für die weniger lauffähigen Verbraucher zu treffen.

Unterstaatssekretär Richter: Es ist dafür gesorgt, durch Steigerung der Produktion und durch Regelung der Kohlenverteilung, daß der erforderliche Bedarf an Hausbrandkohle für Rinderbrennstoffe für den nächsten Winter zur Verfügung steht.

Abg. Dove (Sp.) fragt an, was der Reichskanzler zu tun gedenkt, um die mit dringenden Aufträgen der Peeresleitung beschäftigte Industrie oder sonst als kriegswichtig anerkannte Betriebe in Berlin und der Mark Brandenburg vor den Wirklungen der Verfügung über Einschränkung des Verbrauchs elektrischer Kraft zu schützen.

Unterstaatssekretär Richter: Der Reichskanzler berkennt nicht die große Bedeutung dieser Frage; sie unterliegt zurzeit noch der Prüfung.

Abg. List (nall.) fragt an, ob infolge der durch den Prozeß Kupfer enthaltenden Vorgänge sofort mit rückwirkender Kraft Maßnahme zur Einziehung unläuterer Kriegsgewinne herbeigeführt werden sollen.

Ein Direktor im Reichsjustizamt erwidert, daß zunächst das Ergebnis der Kommissionsberatungen zur Prüfung von Peereslieferungen abgewartet werden müsse.

Abg. Köhler (Soz.) fragt an, welche Schritte der Reichskanzler gegen die schwere Belastung und Vernachlässigung der Arbeiterschaft und des kleinen Mittelstandes durch die Mißhandlungen und Mißsteigerungen zu tun gedenkt.

Ministerialdirektor Lewald:

Die schwierige wirtschaftliche Lage der städtischen Hausbesitzer ist anzuerkennen. Sie durch Mietsteigerungen abzumildern, erscheint während des Krieges jedoch nur so weit berechtigt, als diese Mietsteigerungen notwendig sind, um den städtischen Haushalten vor wirtschaftlichem Zusammenbruch zu bewahren. Es sollen Einrichtungen getroffen werden, um im Einzelfalle die Notwendigkeiten von Mietsteigerungen nachzuprüfen und Abhilfe zu schaffen. Der Reichskanzler wird sobald mit entsprechenden Vorschlägen an den Bundesrat herantreten.

Reichstagswahlrecht und Wahlkreiseinteilung.

Es folgt der Bericht des Verfassungsausschusses über die Fragen der Änderung des Wahlrechts im Reich. Der Ausschuss verlangt eine Vorlage, in der bis zu einer allgemeinen Neufestsetzung des Verhältnisses der Wählerzahl zu der der Abgeordneten für die Wahlkreise mit besonders starkem Bevölkerungszuwachs, die ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet bilden, eine entsprechende Vermehrung der Mandate nebst der Einführung der Verhältniswahl vorgelesen wird.

Ein Antrag Antrid und Genossen (Soz.) verlangt dagegen eine Vorlage, die für den Reichstag das Verhältniswahlrecht bei allgemeinem gleichem direkten Wahlrecht mit geheimer Abstimmung wünscht, an der alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts teilnehmen. Die Wahl soll an einem Sonn- oder Feiertag stattfinden.

Staatssekretär Dr. Helfferich:

In Uebereinstimmung mit dem Beschluß des Verfassungsausschusses sind die Verbündeten Regierungen der Ansicht, daß eine Neuordnung hinsichtlich der Wahlkreise mit besonders starkem Bevölkerungszuwachs geboten ist. Sie werden dem Reichstag eine Vorlage zugehen lassen, die eine angemessene Vermehrung der Mandate dieser Wahlkreise vorsieht. Die Vorlage wird dem Reichstag so zeitig zugehen, daß die nächsten Wahlen bereits auf der Grundlage der beabsichtigten Änderungen vorgenommen werden. Diese Änderungen liegen in der Richtung des Ausbaus unserer innerpolitischen Verhältnisse, die die frohe und freundliche Mitarbeit aller Mitglieder des Staates und Reichs sichern, für die das Volk den Boden bereitet hat und die feierlich angekündigt ist. Sie entsprechen dem Geist der Osterbotschaft und wird in diesem Geiste durchgeführt werden. (Beifall.)

Abg. Dr. Gradnauer (Soz.):

Wären unsere Anträge im Ausschuss angenommen worden und hätten sie die Zustimmung der Regierung gefunden, so wäre in der Tat ein wertvolles Reformwerk in Angriff genommen, während das Ergebnis der Ausschuss-Verhandlungen recht wenig bedeutet. Erfreulich ist in diesem Ergebnis der Gedanke des Proportionalwahlrechts, in dem wenigstens eine Frucht unserer Bemühungen zu sehen ist. Aber weiter verlangen wir die volle politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung der Frauen. Das ist nicht nur eine Rechtsforderung, sondern eine Kulturforderung allerersten Ranges, für die der Krieg neue starke Begründungen gebracht hat. In den drei Kriegsjahren sind Millionen und aber Millionen von Frauen auf eigene Füße gestellt worden und haben bewiesen, daß sie im Dienst der Gesamtheit zu wirken imstande sind. Wenn unser Land aus diesem schweren Kriege gut hervorgeht wird, haben wir das in allererster Linie unseren Frauen zu danken. Wie will man es da noch rechtfertigen, daß sie auch ferner nur Objekt und nicht auch Subjekt der Gesetzgebung sein dürfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Wort: 'Freie Bahn dem Tüchtigen' muß auch für die Frau gelten. Die Frauen und Mütter werden einmal imstande sein, einen solchen unheilvollen Krieg zu verhindern, den die Männer in unserer Zeit nicht haben verhindern können. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Weiter verlangen wir die Herabsetzung des Wahlalters. Gerade bei der arbeitenden Klasse müssen die jungen Leute schon in sehr frühen Jahren selbständig sein und die große Verantwortlichkeit für ihre ganze Lebensführung tragen. Diese jungen Männer zahlen Steuern, sie sind wehrpflichtig und leisten jetzt den Krieg aus, da sollen sie auch bei den Wahlen ihre Stimme mit in die Waagschale werfen. Freilich verkennen wir nicht, daß auch die staatsbürgerliche Erziehung der Jugend eine weit härtere werden muß. — Die Verhältniswahl will der Ausschuss nur in Wahlkreisen mit besonders starkem Bevölkerungszuwachs. Das ist ganz unzureichend. Wir verlangen für das ganze Reich ein gleiches Wahlrecht. Das gegenwärtige ist ungleich und ungerecht sowohl wegen der Verbeibaltung der veralteten Wahlkreise als wegen des Grundgesetzes der Mehrheitswahlen, durch die die Rinderbeuten völlig ausgeschaltet werden. Von Jahrzehnt zu Jahrzehnt ist das Wahlrecht von der ursprünglichen Annäherung an die Gleichheit weiter zurückgekommen, durch die Entwicklung der Wahlkreise ist es ein Pluralwahlrecht oder vielmehr ein Pluralwahlrecht geworden, unter dem besonders die Großstädte leiden. Nur durch dieses schmachvolle Unrecht konnte die agrarische Politik vor dem Kriege zu einer solchen Stärke anwachsen, wie wir es erlebt haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Im Ausschuss hat man Wahlkreise mit einer Bevölkerung von 250 000 Seelen als noch nicht unnormal bezeichnet. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das würde die Reform nur in 30 Wahlkreisen Platz greifen. Die Verzögerung der gering bevölkerten Kreise sucht man zu rechtfertigen mit der Theorie, daß das Wahlrecht auch nach der Fläche bemessen werden muß. Der wirkliche Grund ist, daß die Konservativen glauben, die ländliche Bevölkerung sei agitatorischem Einfluß von demokratischer Seite weniger zugänglich. Es handelt sich hier lediglich um Parteinteressen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Deshalb muß gründlicher Wandel geschaffen werden, wie ihn die Worte des Staatssekretärs leider nicht in Aussicht stellen. Trotzdem werden meine Freunde für den Ausschussantrag stimmen, weil darin der Gedanke des Proportionalwahlrechts, für den wir seit Jahrzehnten gekämpft haben, endlich zu einem Anfang des Erfolges gelangt. Dazu kommt, daß die großstädtische Bevölkerung wenigstens teilweise von dem gegenwärtigen Unrecht befreit werden soll. Aber wesentliche Mängelstände des Reichstagswahlrechts werden nicht behoben. Es bleibt die Ungleichheit der meisten Wahlkreise, und ein neuer Uebelstand ist es, daß nach zweierlei System gewählt werden soll. Wir können das nur als eine Uebergangszeit auffassen. Ein besonderes neues Unrecht ist, daß die Wählerlisten in den Großstädten verstreut werden sollen, in den kleinen Städten und ländlichen Gebieten da-

gegen nicht, das heißt also, dort nicht, wo die demokratischen Bedingungen in der Rinderheit sind. Diese Ungleichheit allein zeigt schon, daß es sich hier nur um ein Provisorium handeln kann, nicht um etwas Dauerndes. Es wird Sache der Wähler und des nächsten Reichstags sein, dafür zu sorgen, daß auf der beschrittenen Bahn fortgeschritten wird, bis die volle Gleichberechtigung errungen ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kretsch (L.): Wir sind mit einer Vermehrung der Mandate in Wahlkreisen mit besonders starkem Bevölkerungszuwachs einverstanden, legen aber Wert darauf, daß diese Wahlkreise ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet bilden. Die Verhältniswahl lehnen wir ab. Das enge persönliche Verhältnis des Wählers zu dem Gewählten würde bei diesem Wahlsystem fortfallen. Wird die Verhältniswahl gestrichen, so stimmen wir dem Antrag des Ausschusses zu.

Abg. Beder-Amsberg (Z.): Den sozialdemokratischen Antrag lehnen wir ab. Wir halten es nicht für ungängig, die Frauen in das politische Leben hineinzuziehen und Minderjährigen jungen Leuten das Wahlrecht zu verleißen. Auch die Sonntagswahl lehnen wir ab. Wir stimmen dem Beschluß des Verfassungsausschusses zu und hoffen, daß dieser Anfang der Neuorientierung mit großer Mehrheit beschlossen werden wird.

Abg. List (nall.): Aus der Erklärung des Staatssekretärs Dr. Helfferich ging nicht hervor, ob die Regierung für die Neuwahlen in den großen Wahlkreisen die Verhältniswahl einführen will. Sollte das nicht geschehen, so wäre es besser, es bliebe bei der bisherigen Zahl der Abgeordneten. Den Antrag der Sozialdemokraten halten wir nicht für durchführbar. Die Ausdehnung des Stimmrechts auf die Frauen bedarf noch eingehender Prüfung in ruhigen Zeiten. Die Verhältniswahl durch das ganze Reich hindurch halten wir noch nicht für möglich.

Abg. Waldstein (Sp.): Meine Freunde im Lande sind von den Arbeiten des Verfassungsausschusses zum Teil enttäuscht; man findet, der freiziehende Berg habe ein Räuseln gedoren. Dem Beschluß des Ausschusses stimmen wir natürlich zu; er entspricht einer alten Forderung unserer Partei. Die Herabsetzung des Wahlalters auf 20 Jahre lehnen wir ab. Wenn wir so dem sozialdemokratischen Antrag nicht zustimmen können, so entscheiden wir damit nicht über die Frage des Frauenwahlrechts, diese Frage lassen wir offen; sie wird auf Grund der Erfahrungen des Krieges später zu regeln sein.

Abg. Meitin-Old (D. Fr.): Die übergroßen Wahlkreise haben auch wir seit Jahren für ein Rebell gehalten. Gegen die Verhältniswahl in diesen Riesenwahlkreisen hat ein Teil meiner Freunde Bedenken.

Abg. Städtgen (Unabh.): Am 22. März haben wir einen Antrag gestellt, mit dem der heutige Antrag der Sozialdemokraten dem Sinne nach übereinstimmt. Damals erklärte die 'Dresdener Volkszeitung', es nicht für angebracht, einen solchen Antrag einzubringen. Der leitende Redakteur dieser Zeitung ist Dr. Gradnauer, der heutige Redner der Sozialdemokraten. (Hört! hört! bei den Unabh.) — Der Antrag des Ausschusses bringt keine Besserung, sondern die schlimmste Verschlechterung. Ein Beweis dafür ist ja die Zustimmung der Regierung, die immer nur zu reaktionären Maßnahmen erfolgt. (Sehr richtig! bei den Unabh.) — Die Ausdehnung der Frauenarbeit während des Krieges ist eine ganz ungeheuerliche. Wenn man ihnen da die Gleichberechtigung versagt, so zeigt sich darin nur die Dornennatur des Mannes, der erklärt: Du hast zu arbeiten, aber Rechte bekommst du nicht. In allen Kulturstaaten ist das Frauenwahlrecht schon eingeführt oder doch auf dem Marsch, nur in Deutschland enthält man den Frauen dieses Recht vor. Diese Ungerechtigkeit muß sich an dem ganzen Gemeinwesen bitter rächen. (Zustimmung bei den Unabh.) Das heutige Wahlsystem, unter dem ein Wahlkreis 18mal so viel Wahlrecht hat wie ein anderer, ist eine Fälschung des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Der Ausschussantrag will den Rinderbeuten nicht überall das gleiche Recht geben, sondern lediglich aus Partei- und politischen Rücksichten will man nur in den Rinderwahlkreisen den Rinderbeuten zum Recht verhelfen. Dadurch will man zu der bisher schon bestehenden Benachteiligung der Arbeiter eine weitere fügen. Daß auch die Fläche des Wahlkreises mit entscheidend sein soll für das Wahlrecht, daß also auch die Anzahl der Cases von Wichtigkeit sein soll für das Wahlrecht, ist lediglich eine Redensart, mit der man das bestehende Pluralwahlrecht aufrecht erhalten will. Wer für den Ausschussantrag stimmt, stimmt nicht für einen Fortschritt, sondern für einen Rückschritt. Das werden wir selbstverständlich nicht tun. Dieser Antrag des Ausschusses will das Volk in derselben Weise betören, wie es nach 1813 geschehen ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabh.)

Die Debatte schließt.

Abg. Dr. Gradnauer (Soz.) (persönlich): Den vom Vorredner erwähnten Artikel der 'Dresdener Volkszeitung' habe ich weder verfaßt, noch war ich an seiner Veröffentlichung beteiligt. Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt, der Antrag des Verfassungsausschusses wird mit Verbeibaltung der Verhältniswahl gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Der starke Mann.

Eine Schweizerische Offiziersgeschichte von Paul Hg.

Er war nicht überrascht, als er nach dem ausgiebigen Bad in Luft, Licht und Wasser gegen Mittag den Bruder in der Stube vorfand. Der Pfarrer kam zu dieser Stunde nicht vom Nachbardorf herüber, um einen Anstandsbesuch zu machen. Adolf hörte ihn aufgeregt mit dem Vater sprechen und vernahm auch gleich durch die ihm befohrt entgegen-eilende Schwägerin, was den andern hergetrieben hatte.

Woher weiß er denn das schon wieder? Hast du etwa aus der Schule geschwatzt? fragte der sonnegebräunte Mann im leichten offenen Sportsanzug. Er überlegte eine Weile, ob er sich dem drohenden Verhör entziehen, einfach wieder verschwinden sollte. Oder wenn er sich in seine Bude einschloß und überhaupt keine Auskunft gab? Aber angesichts der treuen Seele, die zitternd vor ihm stand und jeden seiner Atemzüge belauschte, wollte er nicht wie ein Feigling ausweichen. Ohnehin sah er, daß sie ahnte, was auf dem Spiele stand. Ihre angsteinflößlichen Züge gaben ihm zu erkennen, wie schnell die frohe Erwartung verfliegen sei. Auf seine Frage gab sie zuerst nur zurückhaltend Bescheid: „Er hat dem Vater das Programm gezeigt, wo dein Name drauf steht!“ Dann verriet sie aber doch, daß sie aus lauter Liebe und Sorge gelauscht, Schlimmes vernommen habe.

Also gut, dann kann ja der Tanz losgehen. Ich will mich nur noch dafür zurechtmachen! beschied er das bestürzte Wesen, das ihm mit stehendem Blick ihr Herz unter die Fäße legte. Es riß ihn plöglch zu dieser schneidenden Demut hin. Er fühlte, daß sie ihre Liebe nicht mehr bewahren konnte, und er selbst war jetzt von der blutwarmen Gabe und kniefälligen Bereitschaft selbst am ergriffen.

Komm, du kannst mir schnell etwas helfen! rief er ihr die Erregung schützend zu und lief, seiner selbst ungewiß, mit Gefühlen, die über einem Abgrund tanzten, in seine Stube voraus. Nur als Vorwand zeigte er der atemlos nachkommenden einen geringen Schaden an seiner grünen Wurst; denn als sie auf der Schwelle eine Sekunde bange zauderte und mit verdunkeltem Blick die Hand nach dem Kleidungs-

stück ausstreckte, ergriff er schnell, was sich ihm bot und nahm den nur schwach widerstrebenden Körper, der das zarte, mit Blaubändchen verzierte Mullkleid schier sprengte, schonungslos gefangen. Solange hatte sie ihn also mit ihrem zärtlichen Verlangen unvorben, bis seine Sinne endlich auch noch Feuer fingen. War es die schicksalsschwere Stunde oder diese überraschende Sonntagslichkeit ihres Wesens... der ihm gewidmete Puz- und Wohlgeruch? sein Stolz unterlag im Nu der aufrauschenden Jugendlust. Sie ließ ihn lautlos gewähren; Schmerz und Seligkeit verdunkelten und erhellten ihr Gemüt in blitzschnellem Wechsel.

Das war ja noch die kleine, gemüthliche Studentinbude von damals, ganz in Sonne getaucht und von süßen Tabakdüften getränkt! O, sie hatte jenen um Jahre zurückliegenden Sommertag nicht vergessen, an dem der flotte Student ihr, der Sechzehnjährigen, gerade so unverhofft seine Liebe gestand und sie fast ebenso kühn wie heute überfiel mit Küffen und Gewaltthaten. Damals freilich war sie eher empört als entzückt hinausgelaufen; aber jenes Erlebnis hatte denn doch gar wunderbar in ihr nachgeklungen und mit jedem Tag an Bedeutung gewonnen, obgleich Adolf Lenggenhager bald danach andere Wege ging und später nie mehr daran rühren mochte. Aber jetzt? Was ging denn auf einmal in seiner Seele vor? Beinahe furchtbar sah er in der dunklen Farbe des Sonnenbruders aus, als hätte er sich während all den verzweifelten Schlendertagen mit Lebensglut bis zum Wahnsinn vollgelesen.

Komm' nur, mach' keine Hausen... Es ist jetzt doch einmal so und nicht anders! Beim Eid, Trudle, das ist noch das einzig Wahre! flüsterte er zwischen schredhaften Küffen. Sie bekam die Schneide seiner scharfen Zähne zu fühlen und erschauerte bei der Berührung mit der breiten Narbe. Wahrheit böse sah er aus, wie ein halberbrühtes, losgelassenes Tier... Die Furcht überbrang das Glücksgefühl. Das starke Mädchen - Adolf trug sie, wohin er wollte - bebte gleich einem Vogel in Menschenhand. Wie kam es, daß er auf einmal so stürmischen Verlangen nach ihr trug? Oder dachte er dennoch an die andere, die ungetreue Aristokratin, während er die liebe Einfalt vom Lande in den Armen hielt und kaum mehr zu Atem kommen ließ? Allein

im Sturm der Sinne gab es keine Klarheit, kein Halten mehr. Aus schamerstidenden Sehnsuchtsqualen emporgerissen in den Taumel der Liebe, so beraubt, daß sie die Augen selbstverloren schloß, nunmehr Erfüllung und Opferlamme - mußte sie seiner Willkür erliegen. Sie atmete Vollst und witterte Verderben. Und als sich ihre Lider wieder hoben, blickte sie in einen Wirbel von Sonnenstäubchen, der wie ein Mädchenlein Seligkeit anzuschauen war. „O, Lieber, du Lieber...“ betete sie den Ueberwältiger an; denn kein ihrem Gewissen eingeschärftes Maß reichte in diesem Augenblick hin, Gut und Böse ihrer Gefühle zu messen. Was nach dieser Stunde kam, war gleich einem Wetterleuchten vor weltentfernten Gewittern. Eine endlose Wüste von Schmerz und Kummer mochte ihr künftiges Leben sein; aber mitten darin lag dann doch ein grünes Etland von Glückseligkeit...

Beinahe gewaltsam machte sich Adolf Lenggenhager frei, als wollte er ein gestohlenen Gut schnell in Sicherheit bringen. In der Stube, die gerade unter seiner Kammer lag, hörte er die Stimmen von Vater und Bruder. „Teufel, das geht ja nicht, ich muß mich ja fertigmachen und denen da unten stellen, sonst kommen sie am Ende noch herauf!“ knirschte er, böllig verrannt, ernüchert und mit sich selbst gefallen. Was er getan hatte, verwarf er im Grunde selbst als schlecht und ehrlos. Es half ihm nichts, daß er sich obenhin reinwusch im Gedanken, der verliebten Dörin sei nur nach ihrem eigensten Willen geschehen. Im Spiegel seiner tiefen Erkenntnis erschien das Bild eines braven Mädchens, das zu ihm stets wie zu einem gerechten Manne aufgeblickt hatte.

Bald begriff Gertrud Gmir, was ihr widerfahren war und beborstand. Ihre Brust hatte Zentnerlasten zu heben. Der, dem sie ihr Herz zu Füßen legte, war brutal darüber hinweggeschritten, nur begierig nach einer für ihn gereichten durststillenden Frucht. Auf einmal wehte ihr die saule Luft des veripielten Menschen entgegen. Instinktiv fühlte sie, daß ihn nur die Verzweiflung zu ihr getrieben hatte. Unter die Näder geraten, an Leib und Seele verwüftet, schoß sie auf und hinaus. Ihr Sonntag, der sie eben noch so verheißungsvoll anstrahlte, war zu Ende.

(Fortl. folgt)

### Es folgt die Vorlage über die Verlängerung der Legislaturperiode auf ein weiteres Jahr.

**Abg. Albrecht (Unabh.):** Das vorigemal haben wir die Verlängerung der Legislaturperiode bedauert, diesmal müssen wir sie ablehnen. Erstens verlangen wir prinzipiell zweijährige Legislaturperioden und dann wird wir der Meinung, daß die Wähler, nachdem die Legislaturperiode schon so lange dauert, endlich einen Anspruch darauf haben, zu entscheiden, ob ihre Vertreter während des Krieges in ihrem Interesse gehandelt haben und vor allem ein Urteil abzugeben über das Verhalten der Regierung während des Krieges. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen.)

Die Vorlage wird hierauf in allen drei Lesungen angenommen. Eine weitere Vorlage verlangt daselbe für Elsaß-Lothringen.

**Abg. Lebebour (Unabh.):** Wir lehnen aus denselben Gründen auch diesen Gesetzentwurf ab.

**Abg. Emmel (Soz.):** In Elsaß-Lothringen ist es zurzeit gar nicht möglich, Neuwahlen vorzunehmen, da in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen Wähler vom Landtag nicht vorhanden sind. Die Ablehnung der Vorlage würde bedeuten, daß die Elsaß-Lothringische Verfassung aufs Spiel gesetzt würde.

**Abg. Lebebour (Unabh.):** Ich kann diese Gründe nicht anerkennen. Wir verlangen Aufhebung des Belagerungszustandes auch in Elsaß-Lothringen.

**Abg. Emmel (Soz.):** Ich stelle fest, daß eine Anzahl von Wahlkreisen nicht wählen können, weil sie in den Händen der Franzosen sind. Andere Wahlkreise sind infolge der Operationen der Franzosen oder unserer Heeresleitung von den Bewohnern geräumt. Der Wunsch des Abg. Lebebour ist also undurchführbar. (Sehr richtig! und große Heiterkeit.)

Auch diese Vorlage wird hierauf in allen drei Lesungen angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

**Präsident Dr. Raempf** teilt mit, daß eine Interpellation **Antid (Soz.)** und Genossen eingegangen ist, die Maßnahmen gegen die untragbaren Verhältnisse auf dem Ost- und Westfronten, zur Beseitigung der Kohlennot und gegen die Preissteigerungen verlangt.

Nächste Sitzung Montag 3 Uhr. (Die eben mitgeteilte Interpellation, Bericht des Hauptausschusses über Fragen der inneren und äußeren Politik, Fortsetzung der Beratung über die neuen Anleihekredite.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

## Ausschuß für Handel und Industrie.

Reichskommissar **Sthamer** hielt am Freitag einen Vortrag über die bisherigen Arbeiten in Sachen der **Ubergangswirtschaft.**

Unter anderem bemerkte er, daß ein aus circa 370 Mitgliedern bestehender Beirat gebildet ist. D diesem Beirat gehören auch sieben Arbeitervertreter aus den verschiedenen Organisationsrichtungen an. Daneben werden noch Selbstverwaltungskörper für die einzelnen Industrien gebildet.

**Jäckel (Soz.)** empfiehlt nach Friedensschluß ganz besondere Berücksichtigung der kleinen und mittelgroßen Betriebe durch das Reichskommissariat, gegenüber den großen, die jetzt weiterarbeiten können. Die Macht des Großkapitals ist ohnehin durch die aus dem Kriegsnotwendigkeiten herausgewachsenen Subsidie sehr gewachsen und wird weiter wachsen durch die in Aussicht genommenen Zwangsmandate der Ubergangswirtschaft. Das ist nicht besonders günstig für die Arbeiter. Es ist deshalb nötig, daß die Arbeiter in die in Aussicht genommenen Selbstverwaltungskörper für die einzelnen Industrien berufen werden. Der große Beirat mit seinen circa 370 Mitgliedern wird wenig zu leisten vermögen. In den Beiräten der einzelnen Industrien ist die Mitarbeit der Arbeiter bei der Verteilung von Rohstoffen unbedingt vonnöten. Redner fragt, ob Arbeitervertreter hinzugezogen werden.

Reichskommissar **Sthamer** lehnt die Zuziehung von Arbeitervertretern ab. Die Arbeiter würden in jenen Ausschüssen wenig positiv zu arbeiten vermögen. — **Abg. Keintz (natl.)** hält die Zuziehung von Arbeitervertretern gleichfalls nicht für geboten. — **Abg. Jäckel (Soz.)** behauptet die Haltung der Regierung in dieser Frage. Er stellt fest, daß

### die Arbeiter von den Arbeiten zur Ubergangswirtschaft fast vollständig ausgeschlossen sind.

Nur ein Vertreter der freien Gewerkschaften und je einer der anderen Arbeiter und Angestelltenvereinigungen, sowie ein selber gehören einem Beirat von 370 Mitgliedern an! Während die Unternehmer in allen sonstigen Kommissionen sitzen, sind die Arbeiter aus allen diesen Körperschaften ausgeschlossen. Im Gegensatz zu Österreich, wo die Arbeiter in allen Kommissionen vertreten sind und bestimmend mitwirken, werden die deutschen Arbeiter in Deutschland nicht zugelassen.

Weiter beschäftigte sich der Ausschuß mit der Frage der Wiederaufrichtung der **deutschen Handelsflotte.**

Den Verhandlungen lag eine vom Verein deutscher Reederei eingereichte Petition auf Zahlung von Entschädigung für Schiffsverluste durch das Reich zugrunde.

Der Regierungsvorsteher gab die Erklärung ab, daß dem Bundesrat bereits ein entsprechender Gesetzentwurf unterbreitet ist. Dieser Entwurf sieht eine Entschädigung für Schiffsverluste in Höhe des Friedenswertes sowie einen angemessenen Zuschuß zum Ausgleich der gesteigerten Verschleißkosten vor. Ferner sei Ersatz von Devisenverlusten und Verlust von Ausrüstungsgegenständen an die Schiffsmannschaften vorgesehen.

Schließlich gelangte nachstehender Antrag zur einstimmigen Annahme: „Der Ausschuß für Handel und Gewerbe erachtet die Wirtwirtschaft des Reiches zum baldigen Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte für dringend geboten und spricht den Wunsch aus, daß der Bundesrat bereits vorgelegte Gesetzentwurf dem Reichstage noch in dieser Tagung zugehen möge.“

## Die Kohlenversorgung im kommenden Winter.

Die Bezirksorganisation Groß-Berlin der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hatte vom Donnerstag nach dem Lehrervereinshaus eine Versammlung einberufen, in der Genosse **Stadterordneter Adolf Ritter** das wichtige Thema Kohlenversorgung im kommenden Winter behandelte. Er verwies auf die schlimmen Erfahrungen im vorigen Winter, die man in einem der reichsten Kohlenländer nicht für möglich halten sollte. — Nun ist zwar ein Reichskommissar für die Kohlenversorgung eingesetzt worden, dem ein Beirat beigegeben wurde. Was man aber bis jetzt von dieser Einrichtung hörte, hat nur geringen Wert. Redner gab an der Hand von Zahlen eine Uebersicht über die deutsche Kohlenproduktion sowie überhaupt über Deutschland als Kohlenland und die sonstigen in Betracht kommenden Verhältnisse auf dem Kohlenmarkt. Ein Fachmann hat auf die Notwendigkeit einer Lagerbildung hingewiesen, um Reserven zu schaffen. Einen solchen Lagerbestand heranzuschaffen, wäre die zunächst liegende Aufgabe. Der Magistrat und überhaupt die städtischen Körperschaften im allgemeinen sind leider nur ausführende Organe des Staats und der Reichsverwaltung. Auch während der Kriegszeit sind ihnen keinerlei wirksame Exekutivmittel in die Hand gegeben worden. Nebenfalls liegen die Schwierigkeiten der Versorgung auf einem anderen Gebiete als auf dem Tätigkeitsgebiet des Magistrats und der Gemeindebehörden. Gegenüber der Notwendigkeit, rechtzeitig eine Organisation für den kommenden Winter zu treffen, müet es eigenlütlich an, daß auf einer Konferenz mit Kommunalvertretern der Oberregierungsrat **Fuchs** erklärte, er wolle den Teilnehmern

eigentlich nur mitteilen, daß im nächsten Winter gepart werden müsse. Ja, das wußte allerdings schon jeder vorher! Offenbar mußte der Reichskommissar der Kohlenstelle nicht, wie er sich herausstellen sollte aus der Situation, wo auf der einen Seite die Interessen der konsumierenden Bevölkerung und auf der anderen Seite die des Rheinisch-Westfälischen Kohlenindustrials stehen. In dem in Berlin bestehenden Ausschuß war man einig darüber, daß die Versorgung mit Hausbrand an Dringlichkeit und Bedeutung hinter der Kriegsindustrie nicht zurücktreten darf. Die Sorge für die Belieferung ist aber Sache des Reichskommissars. Eine Verordnung über die Kohlenrationierung ist in den nächsten Tagen zu erwarten. Leider ist damit die Sache nicht erledigt. Es droht eine weitere Gefahr. Wenn auf dem Kohlenmarkt die jetzigen Zustände anhalten, dann ist mit der Tatsache zu rechnen, daß die Berliner Gaswerke Oktober und November nicht mehr in der Lage sind, ihren Verpflichtungen gegenüber den Verbrauchern nachzukommen. Wenn es noch einige Monate so weiter geht, dann ist die im Sommer gegebene Möglichkeit eines erleichterten Transports vorbei. Die kleinen Verbraucher, von denen sich viele wegen des Kohlenmangels noch Gasanschlüsse haben herstellen lassen, komme so in eine doppelt schlimme Lage. — Ferner kann auch die Wasserwerkleitung infolge des Kohlenmangels gefährdet werden. Zu all den warnenden Stimmen, die bisher schon erhoben worden sind, muß auch die der heutigen Versammlung kommen. (Lebhafter Beifall.)

Nach einstimmiger Annahme einer Resolution, in der die Versammelten sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärten und die Vertreter der Sozialdemokratie in Reich, Staat und Gemeinden ersucht wurden, ihren Einfluß an den maßgebenden Stellen für eine sofortige Besserung der Zufuhr an Kohlen geltend zu machen, schloß Genosse **Eugen Ernst** die Versammlung mit einem anerkennenden Ausruf, für den Ausbau der politischen Organisation und für die weiteste Verbreitung des „Vorwärts“ zu sorgen.

## Groß-Berlin

### Großhandels- und Kleinhandels-Höchstpreise für Obst und Gemüse.

Die auf Grund der Anordnung der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 26. Juni 1917 — P. 2572 — bei der Staatlichen Verteilungsstelle für Groß-Berlin gebildete Preiskommission hat mit Genehmigung bezw. auf Anordnung der Reichsstelle folgende Erzeuger-, Großhandels- und Kleinhandels-Höchstpreise festgelegt:

Erzeugerhöchstpreis	Großhandelspreis	Kleinhandelspreis	
Erdbeeren I. Wahl . . . . .	0,82	0,98	1,30
II. . . . .	0,45	0,54	0,72
III. unfortiert . . . . .	0,84	0,77	1,05
Walderdbeeren . . . . .	1,50	1,80	2,10
Johannisbeeren . . . . .	0,50	0,60	0,80
Stachelbeeren . . . . .	0,85	0,42	0,56
Himbeeren . . . . .	0,80	0,96	1,28
Bremsbeeren . . . . .	0,55	0,66	0,88
Blaubeeren . . . . .	0,85	0,42	0,56
Preißelbeeren . . . . .	0,40	0,48	0,54
Kirschen, a) saure . . . . .	0,40	0,48	0,54
b) süße, große, harte . . . . .	0,40	0,48	0,54
c) Glas- und Schattenmorellen			
und Ratten . . . . .	0,60	0,72	0,96
Kaharber . . . . .	0,10	0,12	0,16
Erbsen . . . . .	0,40	0,48	0,64
Bohnen, a) Stangen- u. Buschb. . . . .	0,50	0,60	0,80
b) Wachs- u. Perl. . . . .	0,80	0,72	0,96
c) gartenmäßig gezogene			
Puff- und Saubohnen . . . . .	0,30	0,36	0,48
Möhren u. lg. Karotten m. Kraut . . . . .	0,25	0,30	0,40
Kartoffeln . . . . .	0,12	0,15	0,20
Karotten, runde kleine, m. Kraut . . . . .	0,30	0,36	0,48
Kohlrabi . . . . .	0,25	0,30	0,40
Spinat . . . . .	0,30	0,36	0,48
Frühlings- und Sommer- . . . . .	0,22	0,27	0,36
Frühlings- und Sommer- . . . . .	0,25	0,30	0,40

Sämtliche Preise verstehen sich in 100 Pfund.

Die festgesetzten Preise sind maßgebend vom 7. Juli d. J. ab. Die Preise für Johannisbeeren, familiäre Wohnorten, kleine, runde Karotten, Kohlrabi, Frühling- und Sommer- haben auf Anordnung der Reichsstelle zunächst nur Gültigkeit bis zum 20. Juli d. J.

Die festgesetzten Großhandels- und Kleinhandels-Höchstpreise haben Gültigkeit für alle Waren, auch für diejenigen, welche aus anderen inländischen Erzeugergebieten herrühren. Uebersetzungen der festgesetzten Höchstpreise werden auf Grund des Gesetzes über die Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 befristet.

### Der Minister des Innern gegen den Schleichhandel.

Gegen den Schleichhandel wendet sich ein Erlaß des Ministers des Innern an die Regierungspräsidenten. Trotz aller Gegenmaßnahmen nehme dieser immer weitere Ausdehnung, so daß es eines nachdrücklicheren Vorgehens als bisher bedürfe. Insbesondere soll gegen die zahlreichen unzuverlässigen Gast- und Schankwirtschaften, Konditoreien, Bäckereien, Feinkostgeschäfte usw. unumschüsslich eingeschritten werden, da diese am Schleichhandel hauptsächlich beteiligt seien. Außer der sofortigen Beschlagnahme, der Schließung der Betriebe und der Ausschließung einzelner Angestellter sei die gerichtliche Strafverfolgung zu betreiben. Die öffentliche Brandmarkung der gemauerten Betriebe wird als ein geeignetes Mittel bezeichnet, um das Vorgehen wirksamer zu gestalten. Die polizeiliche Nachschau soll unter Zusammenziehung aller verfügbaren Vollzugsbeamten so häufig als möglich vorgenommen werden.

### Berliner Lebensmittel.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin schreibt: Die bereits gestern durch die Presse bekanntgegeben ist, hat sich das Kriegsernährungsamt entschlossen, mit Rücksicht auf die unangünstige Entwicklung des Frühgemüses eine erhöhte Reilmenge als Ersatz für den Ausfall von Kartoffeln zu gewähren. Infolge der besonderen Schwierigkeiten, welche in diesem Jahre der rechtzeitigen und hinreichenden Versorgung Berlins mit Gemüse und Frühkartoffeln entgegenstehen, ist der Stadtgemeinde Berlin für die folgende Woche Mehl in solchem Umfang zugewiesen worden, daß sie die als Ersatz für Kartoffeln gewährte Wotation gegenüber der in der letzten Woche gegebenen Erzymenge erheblich herauszuheben vermöge. Damit ergibt sich für die Berliner Bevölkerung zugleich die Möglichkeit, in größerem Umfang, als dies bisher geschehen konnte, die Mehlmarken der Brotfabrik nicht in Brot, sondern in Mehl einzulösen. Das Nähere ergibt die an den Berliner Anschlagtafeln veröffentlichte Bekanntmachung.

Der Ausschuß von Sirup hat eine Verzögerung erfahren, so daß noch einige Zeit vergehen wird, ehe der Lebensmittelartenabschnitt 84 überall eingelöst werden kann. Auch sind so große Anforderungen an Kunsthonig in den Ladengeschäften gestellt worden, weil der Einmischzucker vielfach für den täglichen Bedarf im Haushalt verwendet und deshalb auf Zuckerarte Kunsthonig verlangt wird, daß nicht alle Geschäfte in der Lage sind, sofort zu liefern. Der Magistrat macht darauf aufmerksam, daß nach den Verordnungen kein Anrecht auf Belieferung mit Sirup oder Kunsthonig besteht und daß der einzelne Ladeninhaber keine Schuld trägt, wenn diese Aufstrichmittel, die bei der Hitze verfliegen und bei den schlechten Witterungen sowie der schwierigen Transportgelegenheit nicht so schnell herangeschafft werden können, nicht sofort

überall in der gewünschten Menge vorhanden sind. Im Laufe des Monats Juli werden aber sicher alle Wünsche befriedigt werden können.

Eine „fastige“ Antwort. Es kommt leider häufig vor, daß Hausfrauen, die es sich leisten können, dem wucherischen Verhalten gewisser Gemüsehändler durch Ueberbieten Vorschub leisten. Ein solcher Fall, bei dem der Betreffende eine wohlverdient handgreifliche Bekehrung zuteil wurde, hat sich auf dem letzten Wochenmarkt in Friedenau abgespielt. Dort hatte sich eine Frau eben Kohlrabi für 2,75 M. gekauft und war im Begriff, zu zahlen, als eine hinter ihr stehende „Dame“ der Verkäuferin zurief: „Ueberlassen Sie mir den Kohlrabi, ich zahle Ihnen 3 M.“ Die Käuferin wandte sich blühschnell um und verobrechtete ihrer „Rebensünderin“ links und rechts ein paar schallende Ohrfeigen, wobei sie ihr die nötige Bekehrung zuteil werden ließ.

Großfeuer kam am Freitag früh um 5 Uhr in der Waldenser Straße 33 aus noch nicht ermittelter Ursache — die Hausbewohner vermuten Brandstiftung — zum Ausbruch. Als die Gefahr bemerkt wurde, schlugen die Flammen schon aus dem Dachstuhl des Vorderhauses und des Seitensüßels an mehreren Stellen hell empor. Die Mieter wurden durch den Feuerlärm aus dem Schlafe geweckt und stürzten halbblöde aus ihren Wohnungen. Der Qualm erschwerte die Uebersicht und den Zugang zum Brandherd. Die Flammen erlitten in kurzer Zeit den ganzen Dachstuhl des Vorderhauses sowie den größten Teil des Seitensüßels. Die Feuerwehre mußte gleich mit mehreren Rotorpumpen von allen Seiten angreifen. Ueber die Treppen, Nachbargrundstücke und mechanische Leitern wurde vorgegangen und längere Zeit tüchtig gelöscht. Dadurch gelang es, die Flammen auf die beiden Dachstühle zu beschränken. Gegen Mittag konnte die Wehre wieder abrücken. Der Schaden soll erheblich sein.

Verhaftung eines Schalterräubers. Ein dreifacher Raub ist auf dem Bahnhof Zoologischer Garten verübt worden. Ein junger Mensch benutzte die Belagerten, da einer der Fahrkartenschalter für kurze Zeit unbelegt war, das Schließfenster hochzuziehen und einen lähmen Griff in die Kasse zu tun. Mit einem Bündel kleinerer Geldstücke gelang es ihm zu flüchten. Die an einem Nebenschalter tätige Beamtin hatte den Diebstahl beobachtet. Sie veranlaßte sofort die Verfolgung des Täters, der denn auch bald festgenommen werden konnte. Er entpuppte sich als ein Freiseur Kurt Winkler aus der Joachimsthaler Str. 35. Das gestohlene Geld wurde ihm abgenommen.

Ein kostspieliges „Seifengeschäft“. Ein Mann in der Breslauer Straße, der dort mit seiner Schwester und seiner alten Mutter wohnt, hatte 16 000 M. gepart und in Papier- und Metallgeld, darunter auch Gold, zu Hause liegen. Zu ihm kam ein Russischer Otto Polie und schlug ihm ein sehr aussehendes Geschäft mit Seife vor. Die Ware sei vorzüglich und der Kapitalist, der sein Geld in das Geschäft stecke, könnte es in kurzer Zeit verdoppeln und verdreifachen. Der Mann ging auf den Handel ein und beantwortete Voltes Frage, ob er auch das Geld zur Verfügung habe, damit, daß er ihm die 16 000 M. zeigte. Als nun bald darauf er und seine Schwester nicht zu Hause waren, löste Volte die Mutter unter der Vorpiegelung, daß er ihr die Ware zeigen wolle, aus der Wohnung. Unterdessen brachen zwei seiner Spießgesellen ein, räumten die Wohnung aus und stahlen die 16 000 M. Volte besaß bei seiner Verhaftung nur noch 106 M.

Schöneberg. Lebensmittel. In der Zeit von Sonnabend, den 7. bis Dienstag, den 10. Juli, sind anzumelden: 1/4 Pfund Erdbeeren auf Abschnitt Nr. 41 der Rührmittelliste, 1/4 Pfund Griech auf Abschnitt 42, 1/4 Pfund Rührmittelliste auf Abschnitt 43. Nachträgliche Anmeldungen finden nicht statt. — Ausgegeben werden in der nächsten Woche: 1/4 Pfund Himbeerlast auf Abschnitt 11 der Rührmittelliste für Jugenblüde, 1 Kilogramm Gemüselieferanten auf Abschnitt 26 der roten Lebensmittelliste, 100 Gramm Graupen auf Abschnitt Nr. 38 der Lebensmittelliste, 100 Gramm Perlago auf Abschnitt Nr. 39, 2 Suppenwürfel auf Abschnitt Nr. 40, 3 Eier auf Abschnitt Nr. 27 der Eierliste. — Von Mittwoch, den 11. Juli, ab wird Kriegsmus gegen Vorweis der Rührmittelliste verkauft. — Ein Brot, Fleisch, Speisefett werden die gleichen Mengen ausgegeben wie in Berlin. — Die einzelnen Abschnitte der Lebensmittelliste haben nur Gültigkeit, wenn sie noch von Kopf- oder Pfeilspitze der Karte nicht abgetrennt sind. Es ist also bei jedem Einkauf die ganze Karte vorzulegen. — Die Brotkommissionen sind am Sonntag, den 8. Juli, in der Zeit von 9—12 Uhr für den Reiseverkehr geöffnet.

Treptow. Lebensmittel. In der kommenden Woche gelangen zur Verteilung: 1600 Gramm Brot, 500 Gramm Gebäck für Kartoffeln, 500 Gramm Fleisch, Fettmenge wird durch Auswahng bekanntgegeben, 2 Eier, außerdem für werdende und stillende Mütter 2 Eier, 125 Gramm Marmelade auf Abschnitt 53, 125 Gramm Pasterisierpulver auf Abschnitt 54, 50 Gramm Puddingpulver, 125 Gramm Gemüselieferanten und 3 Kraftbrühwürfel für Jugenblüde auf Abschnitt 5, 375 Gramm Zucker auf Abschnitt 18, außerdem 250 Gramm auf Zuckerzulagekarte für Kinder. Ferner gelangen zum Verkauf ohne Einschließung gegen Vorzeigung der Lebensmittellieferantenkarte Pörrgemüse, Pfirsiche, Pfirsichmarinaden, Mäckerwaren, Obst und Frühgemüse. In den einschlägigen Geschäften sind Wäschkäufe und Streichhölzer gegen Vorzeigung der Lebensmittellieferantenkarte zu haben.

Weihenfer. Nachmalige Anhebung der Strompreise für Elektrizität. Vom 1. Oktober ab wird der Kriegszuschlag für elektrischen Lichtstrom von 20 Proz. auf 33 1/2 Proz. wie auch der Kraftstrom von 30 Proz. auf 33 1/2 Proz. erhöht, so daß von da ab die Kilowattstunde für Lichtstrom 40 Pf. und für Kraftstrom 13 1/2 Pf. beträgt. Die Bezahung eines Mindestverbrauches wird nicht mehr stattfinden und nur der tatsächliche Verbrauch in Rechnung gestellt werden.

Ständige Mannschaften für Feuerlöschwerke sind aus Anlaß des letzten Brandes in der Hennigerischen Mädelfabrik von der Militärverwaltung zur Verfügung gestellt worden, da die Befehung der freiwilligen Feuerwehre durch die vielen Einderufungen notleidet. Es kommen 15 Mann in Frage, die von der Gemeinde einlogiert und befristet werden müssen. Für die Feuerlöscherei im Ort ist durch Vertrag mit der Berliner Wehre Vorsorge getroffen, aber leider wird diese Hilfe immer durch die maßgebende Stelle zu spät eingeholt.

## Groß-Berliner Parteinaechrichten.

Lichtenberg. Die Juli-Zählversammlung fällt aus.

Reinickendorf-Ort. Mittwoch, den 11. Juli, abends 8 Uhr, findet eine Versammlung bei Schöner, Residenzstr. 50, statt. Gäste willkommen.

Niederschöneweide. Mitgliederversammlung, Sonntag, den 8. Juli 1917, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Schöneiders, Haffelwerderstr. 36a. Wichtige Tagesordnung. Alle Parteigenossen und „Vorwärts“-Leser, die auf dem Boden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stehen, werden um ihr Erscheinen gebeten.

## Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Arbeiterjugend. Sonntag findet eine Spielkarte nach dem Heidenhofer Spielplatz statt. Treffpunkt 7 Uhr morgens Kaiser-Bühnenplatz, Barock 20 Pf. — Mittwoch: Spielen auf dem Platz Audenstraße. Anfang 8 Uhr. Gäste sind willkommen.

Allgemeine Familienherbelle. Sonntag, den 8. Juli, von 3—6 Uhr im Restaurant Gerichstr. 12/13: Zahl- und Kaufmännig.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Richtig warm, vielfach heiter, aber veränderlich, keine erheblichen Niederschläge.



# A. Jandorf & Co

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen-Strasse Kottbuser Damm Wilmersdorfer Strasse

Verlangen Sie bei Einkäufen Rabattmarken

3 Abendbrötchen  
Porzellan  
verschied.  
Formen  
95 Pl.

3 Milchöpfe  
Porzellan  
m. reich. Verzier.  
95 Pl.

12 Untertassen  
Porzellan  
verschied.  
Größen  
95 Pl.

0 Eierbecher  
Porzellan  
95 Pl.

4 Milchöpfe  
Porzellan  
mit reicher  
Verzierung  
95 Pl.

3 Viktoriabeker  
95 Pl.

1 Kuchensteller  
Porzellan  
mit Goldrand u.  
Fruchtverzierung  
95 Pl.

1 Flasche  
Bay-Rum  
95 Pl.

1 Karottel-  
schüssel  
Porzellan, mit  
verschied.  
Formen 95

1 Fl. Franz-  
branntwein  
95 Pl.

1 Zahnbürste  
1 Tub. Zahnpasta  
zusammen  
95 Pl.

50  
Kartensbriefe  
mit Einlage  
95 Pl.

1  
Stehspiegel  
mit Metallrand  
95 Pl.

4 grosse Rollen  
Toilettenpapier  
95 Pl.

1  
Rastergarnitur  
95 Pl.

10  
Rasierklingen  
95 Pl.

1  
Rocknadel  
Tala-Silber  
95 Pl.

1 Postkarten-  
Album  
in schönem  
Einband  
95 Pl.

1 Kinder-  
Armband  
Silber 800/1000  
95 Pl.

4 Pakete Edel-  
Waschpulver  
95 Pl.

1  
Teekanne  
Porzellan,  
grosse Form  
95 Pl.

Victor von  
Scheffel  
Ecke-  
bars,  
Trompete  
von  
Sakkinen Band  
95 Pl.

## Bunt-Porzellan

3 Frühstücksteller mit Goldrand und Fruchtverzierung. 95 Pl.



4 Milchöpfe m. reicher Goldverzierung, Satz mit hübsch. Kinderbild. 95 Pl.

4 Kaffeebecher 95 Pl.

2 Kaffeetassen mit Untertassen, reichen Verzier., sortierte Formen 95 Pl.

6 Eierbecher dekoriert mit Tablett 95 Pl.

1 Teekanne mit Blumenverzierung. 95 Pl.

2 Abendbrotsteller mit Goldrand sort. Formen 95 Pl.

1 Butterdose mit reicher Verzierung 95 Pl.

1 Salatschale mit Blumenverz. und Goldrand... 95

1 Porzellantablett reich zusammen mit Blumen verziert 95 Pl.

1 Zuckerdose reich zusammen mit Blumen verziert 95 Pl.

1 Milchtopf 95 Pl.

2 Milchöpfe m. reicher Goldverzierung 95 Pl.

1 Kaffeekanne 12 Tassen Inhalt mit reicher Verzierung. 95 Pl.

1 Blumenvase mit reicher Verzierung. 95 Pl.

1 Kaffeebecher reich verziert grosse Form 95 Pl.

3 Untertassen f. Blumentöpfe 95 Pl.

1 Bratenplatte gross 95 Pl.

## Wirtschafts-Artikel

1 Abstäuber ..... 95 Pl.

1 Kleiderbürste ..... 95 Pl.

1 Gebäckkasten verschied. Formen... 95 Pl.

1 Glanzbürste ..... 95 Pl.

1 Kuchenblech ..... 95 Pl.

1 Brotmesser ..... 95 Pl.

1 Küchenbrett 95 Pl.

1 Deckelhalter lackiert 95 Pl.

1 Kannenuntersatz mit bunter Einlage... 95

1 Pfeffermühle ..... 95 Pl.

1 Vorratsdose dekoriert 95 Pl.

1 Backform ..... 95 Pl.

1 Brotkorb mit bunter Einlage ..... 95 Pl.

1 Obstkuchenform ..... 95 Pl.

1 Tablett mit bunter Einlage 95 Pl.

1 Einholtasche 95 Pl.

1 Springform ..... 95 Pl.

2 Fleischbretter ..... 95 Pl.

3 Frühstücksbrettchen ..... 95 Pl.

1 Messerkasten ..... 95 Pl.

1 Kopfbürste ..... 95 Pl.

1 Scheuerbürste ..... 95 Pl.

1 Tablett mit 4 vernickelten Likörbechern .... 95 Pl.

1 Gazeglocke ..... 95 Pl.

## Parfumerie

1 Flasche Birkenwasser 95 Pl.

1 Flasche Mundwasser... 95 Pl.

1 Toilette-Papierhalter mit Spiegel ..... 95 Pl.

2 Pakete Puderpapier... 95 Pl.

1 Rasierpinsel ..... 95 Pl.

1 Flasche Parfüm ..... 95 Pl.

## Glas

3 Likörschalen ..... 95 Pl.

1 Blumenvase farbig, et. wa 42 cm 95 Pl.

1 Obstschale mit hohem Fuss 95

1 Käseglocke gross, reiches Pressmuster 95 Pl.

1 Wasserkaraffe mit Glas ..... 95 Pl.

3 Wassergläser mit Randverzierung. 95 Pl.

1 Blumenvase rund, schweres Pressmuster... 95

1 Salatschüssel in verschiedenen Formen, schweres Pressmuster 95 Pl.

3 Weingläser sortierte Formen ..... 95 Pl.

5 Likörbecher mit schwerem Fuss 95

1 Butterdose ..... zusammen 95 Pl.

1 Zuckerschale ..... 95 Pl.

1 Fruchtschale mit Füsschen. 95 Pl.

3 Eisschälchen m. Füsschen und Griff... 95 Pl.

6 Glasteller ..... 95 Pl.

## Bijouterie

1 Tablett ..... zusammen 95 Pl.

4 Gläser-Untersätze ..... 95 Pl.

1 Obstkorb mit Henkel... 95 Pl.

1 Schreibzeug ..... 95 Pl.

1 Wandspiegel ..... 95 Pl.

1 Kinderring Silber 800/1000 95 Pl.

1 Halskette m. Anhänger 95 Pl.

1 Paar Wachsperl-Ohrringe 95

## Schreibwaren

50 Briefbogen ..... 95 Pl.

50 Umschläge mit Innendruck... 95 Pl.

1 Briefblock Quartformat, 100 Blatt stark für Briefe und Erinnerungen ..... 95 Pl.

1 Kasten für Briefe und Erinnerungen ..... 95 Pl.

## Steingut

3 Vorratsstollen ..... 95 Pl.

1 Essig- oder Oelflasche mit Dilldekor 95 Pl.

1 Waschgarnitur - Zanne dekoriert 95 Pl.

1 Waschgarnitur - Schüssel dekoriert ..... 95 Pl.

1 Nachtgeschirr dekoriert ..... 95 Pl.

3 Gewürzkrügelchen mit Dilldekor 95 Pl.

4 Kaffeetassen mit Untertassen Goldrand u. Linie weiss od. bunt, grosse Form 95 Pl.

6 Obertassen weiss od. bunt, grosse Form 95 Pl.

1 Vorratsstolle viereckige Form Dilldekor 95 Pl.

1 Bratenplatte etwa 4 cm Majorika... 95 Pl.

1 Blumenkübel Majorika... 95 Pl.

1 Salzmeste ..... 95 Pl.

1 Mehlmeste ..... 95 Pl.

1 Kartoffelschüssel m. Deckel, oval ..... 95

## Emaille

1 Maschinentopf neublau oder braun ..... 95

1 Schaffnerkanne verschiedene Grössen ..... 95 Pl.

1 Bratpfanne mit Stiel... 95

1 Maschinentopf dekoriert 95 Pl.

1 Brotkorb mit durchbroch. Rand ..... 95 Pl.

## Spezialarzt

Dr. med. Colemann  
f. Geschlechtskrankh., Haut-, Harn-, Frauenleid., nerv. Schwäche, Bein-, Kranks., Ehrlich-Hata-Kuren (Dauer 12 Tage). Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos oh. Berufstät. i. Dr. Homeyer & Co. konz. Labor. f. Blutunters., Fäden im Harn usw. gogenüber  
Friedrichstr. 81, Panoptikum  
Königstr. 34-38, Ecke Neue Friedrichstr.  
Spr. 10-1 u. 3-8, Sonnt. 10-1.  
Honorar mässig, auch Teilzahl.  
Separates Damenzimmer.

## Leim, Schellack,

Schleiföl, Bolivöl, jegliche Abfallöle, auch feinste Quanten, faul  
Minerva, Mohrenstr. 15.  
8-6 Uhr. 2877b

## Spezial-Arzt

Dr. med. Hasche,  
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof  
Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleid., (per. Chron. Fälle. Ehrlich-Hata-Kuren, Schmerzlos, fürchte Behandlung ohne Berufstät. Stütunterstützung. Mäh. Preise. Teilzahlung. - Sprechstunden 10-1 und 3-8, Sonnt. 11-1.

## Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß,  
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),  
- Syphilis, Harn- u. Frauenleiden -  
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10 Tage),  
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere,  
schmerzlos. Heilung ohne Berufs-  
215(10) störung. Teilzahlung.  
Sprechstunden: 11-1 und 6-8

## Bezugsquellen-Verzeichnis

Zur Beachtung empfohlen.  
Eisen-, Stahl-, Werkzeug.  
Joh. Ant. Stecks, Imbab., Neuss.  
Manufakturw., Rostow.  
Kaufmann, Ger., Ruhort.  
Obst, Gemüse, hartoff., Handl.  
Neuken, H. Lief. & Verz. Estracht.  
Optiker u. Mechan.  
H. Kriewitz  
Spezial-Institut f. Rathenower Optik  
Kobstr. 19, lief. an alle Krankenkass.  
Werkstatt mit elektrischem Betrieb.  
Wirtschaften  
Zur Burgschenke M. Bisgen.  
Malderich  
H. Rosenbleck, Fris., Lohrstr. 48  
Obermarxloh  
Bäckerl. Jes. Six, Hallesstr. 71  
Walsum-Aldenrade  
Schäfer, Mac. f. Bekleidungsang.

## Bezugsquellen-Verzeichnis

Berlin-Süden  
Fleisch- u. Wurstwar.  
Paul Müller, Friesenstr. 22.  
Mehldig., Kolonialw.  
Joh. Pietsch, Gneisenaustr. 97.  
A. Schlemitz, Mariannenstr. 14.  
Uhren, Goldwaren  
S. Fenske, Kottbus. Damm  
Strom reed. anerkannt bill.  
Neukölln  
C. Dittmann  
Berlinerstr. 43  
Wild - Geflügel - Flasche.

## Goldaten- Sprachführer

Deutsch-Französisch  
Deutsch-Polnisch  
das Stück zu 15 Pf.  
Deutsch-Italienisch  
Deutsch-Englisch  
Deutsch-Russisch  
das Stück zu 20 Pf.  
Porto je 3 Pf.  
Buchhandlung Vorwärts  
Berlin SW. 65, Lindenstraße 3

## Max Westheimer,

Neue Jakobstr. 12. 28895  
Möbel jeder Art  
sowie ganze Nachlässe kauft  
börsenähnlich  
Frosch, Neukölln, Steinmetzstr. 4.  
Möbel, Nachlässe,  
ganze Wirtschaften kauft  
Böhme, Neukölln, Anzengruberstr. 2.  
Für Ostpreußen  
suche Bettstellen, Kleiderchränke,  
Verticos, Sofas, Federbetten.  
Weinstock, Neukölln, Knebeckstr. 36.  
Telefon-Anschluss 2126.